

06 Erziehung 2021 und Wissenschaft

www.gew-sachsenanhalt.net

1.Juni 2021

K 6549

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt

EuW-Beilage
GEW-Planer
2021/2022

EW

Aktuell:

- Landtagswahl
- Landeshauptausschuss
- „Schulfrieden“ geschlossen

Titelthema

Lehrer*innenausbildung

- GEW-Forum zur Zukunft der Lehrer*innenausbildung
- Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten
- Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der GEW

Tarif + Recht:

- Tarifrunde TV-L 2021
- Sommerakademie





Prof. Dr. Hans-Dieter Klein,
verantwortlicher Redakteur der EuW



Kommentiert: **Landtagswahl**

„Wer die Wahl hat, hat die Qual“! Das Lexikon bietet als erläuterndes Beispiel für dieses Sprichwort den Satz an: „Soll ich nun das schwarze oder das rote Kleid anziehen?“ Ob im Hintergedanken dabei politische Farbgebung eine Rolle spielte, muss offen bleiben. Vor nicht allzu langer Zeit lag man mit diesem Spektrum noch im Trend. Ob das am Abend des 6. Juni in Sachsen-Anhalt auch noch so ist, darf bezweifelt werden. Nicht nur, weil rote Kleider in mindestens zwei farblichen Ausprägungen wählbar sind, sondern weil sich auch ein blaues, grünes und vielleicht sogar ein gelbes Kleid Wahlchancen ausrechnen. Nichts ändert diese Farbpalette aber an der sprichwörtlichen Qual. Deshalb hatte die Redaktion unserer GEW-Landeszeitung bereits in ihrer vorherigen Ausgabe den Leserinnen und Lesern das Angebot gemacht, zu prüfen, was sich hinter den farblich unterschiedlichen Kleiderstoffen versteckt. Wer die Möglichkeit wahrgenommen hat, wird schnell zu der Erkenntnis gekommen sein, dass es etwa zwischen hell- und dunkelrot viele Gemeinsamkeiten gibt und auch – zumindest in Sachsen-Anhalt – ganz gut grüne Farbtupfer harmonieren könnten. Das trifft zumindest auf die von der EuW erfragten Bereiche von Kita über die Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Schulen bis zu den Hochschulen zu. Lägen keine aktuellen Erfahrungen aus den letzten Wochen in Bezug auf die Beschneidung von Bildungschancen in Richtung Hauptschule und Reduzierungen des Bildungsangebotes vor, könnte man sogar im Grundsätzlichen Gemeinsamkeiten mit der (schwarzen) CDU finden. Die harsche Kritik der AfD an der Aufgabe der Ideen des Bildungsministers in Sachsen Hauptschulbildungsgang hat wohl allen Beteiligten vor Augen geführt, dass man sehr schnell zu falschen Freunden kommen kann, die man im Zweifelsfall dann kaum wieder loswird. Deshalb ist es ehrenwert, dass sich CDU-Politiker von der AfD deutlich abgrenzen, was andererseits aber auch Indiz dafür ist, dass es Befürworter eines Bündnisses mit der extremen Rechten gibt. Das wäre dann mehr als eine sprichwörtliche Qual der Wahl. Denn wenn es dann nicht – wie in Thüringen – gelänge, eine Rechtsentwicklung durch eine konzertierte Aktion aller demokratischen Kräfte von LINKE bis CDU und einschließlich der Gewerkschaften zu verhindern, stünden uns qualvolle Zeiten bevor. Deshalb sollten wir genau prüfen, wer sich mit welchem Geist hinter den Kleiderfarben verbirgt, welche Erfahrungen wir mit ihnen in den vergangenen Jahren gemacht haben und ob man den oft geschönten Plakat-Bildern glauben kann. Als ich kürzlich in eine große Stadt des Landes einfuhr und im Schilderwald der Wahlangebote die Forderung nach wohnortnahmen Schulen las, hätte ich nicht geglaubt, dass das eine Forderung der CDU war. Zum oben zitierten Sprichwort fällt mir in diesem Zusammenhang noch ein anderes ein: Wenn man sich schon der Qual unterwirft, dann „Prüfe, wer sich ewig bindet“.

Hans-Dieter Klein

Inhalt

Aktuell

Kommentiert: Landtagswahl	2
Landeshauptausschuss der GEW Sachsen-Anhalt: Gute Bilanz trotz widriger Umstände	3
Schulpolitik in der Debatte: „Schulfrieden“ geschlossen	3
Streit um Versetzungsverordnung: Erst mal nur auf Eis gelegt?	6
Tarifrunde der Länder 2021: Auftakt der Forderungsdiskussion	6
Forderungen zur Tarifrunde TV-L 2021: Hochschulbeschäftigte für den Tarifkampf aktivieren	7

Titelthema: Lehrer*innenausbildung

Lehrer*innenausbildung in Sachsen-Anhalt: Beherzt anpacken statt dauerhaft einpacken	8
GEW-Forum zur Zukunft der Lehrer*innenausbildung: Bedarf an Schulen und Hochschulen steigt immer weiter	8
Broschüre zur Lehrer*innenausbildung veröffentlicht: GEW beschreibt Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten	9
Aus den Antworten auf die Wahlprüfsteine der GEW: Wie soll die Lehrer*innenausbildung künftig gestaltet sein?	10

Schule

Schulen in der Corona-Krise: Warum Empathie von Pädagogen gerade heute wichtig ist	11
Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie: Wie sehr Corona unsere Jugend belastet ...	12

Tarif + Recht

Covid-19-Erkrankung: Anerkennung als Dienstunfall bei Beamt*innen	13
---	----

Info + Termine

Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt: Bildungsveranstaltung findet online statt	14
Angebot für Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Hortner*innen: Nähe trotz Distanz?	14

Wahl-O-Mat® Sachsen-Anhalt 2021

Du hast die Wahl!

wahl-o-mat.de

21 von 22 Parteien, die mit einer Landesliste zur Wahl antreten, haben die Wahl-O-Mat-Thesen beantwortet. Jetzt sind Sie an der Reihe: Vergleichen Sie Ihre Standpunkte mit den Antworten der Parteien: https://www2.wahl-o-mat.de/sachsenanhalt2021/app/main_app.html

Landeshauptausschuss der GEW Sachsen-Anhalt: Gute Bilanz trotz widriger Umstände

(EuW) Turnusgemäß trafen sich – diesmal digital – die Mitglieder des GEW-Landeshauptausschusses (LHA) am 23. April, um Zwischenbilanz über die Arbeit der GEW Sachsen-Anhalt zu ziehen, die arbeitsmarkt- und bildungspolitische Situation im Lande einzuschätzen und Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit herauszuarbeiten.

Zunächst erfolgte die Berichterstattung über die Ergebnisse der Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen aus Kitas, Schulen und Hochschulen, die von Eva Gerth als Landesvorsitzende vorgenommen wurde und die die Folgen der Corona-Pandemie berücksichtigte. Aber auch organisationspolitische Entwicklungen, der Haushaltsabschluss für 2020 und ein Nachtragshaushalt, aktuelle Debatten zur Bildungspolitik und die Vorbereitung auf den im Juni stattfindenden Gewerkschaftstag der Bundes-GEW gehörten zur Tagesordnung.

Der letzte Schwerpunkt wurde durch die Möglichkeit geprägt, zwei Kandidat*innen für die anstehenden Wahlen zum Geschäftsführer der Vorstand der Bundes-GEW zu befragen. Kollegin Maike Finnern, z. Zt. noch Landesvorsitzende der GEW NRW, stellte ihre programmatischen Ziele vor und wurde von den Delegierten des LHA befragt.

Außerdem war Dr. Andreas Keller, Leiter des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung und stellvertretender Vorsitzender

der der GEW, der wieder für diese Funktionen kandidiert, digitaler Gast. Er äußerte sich zu Perspektiven der GEW-Arbeit im Wissenschaftsbereich und besonders in der Lehrer*innenbildung. Kollege Keller hatte schon in den letzten Wahlperioden die Unterstützung der GEW-Sachsen-Anhalt, was er u. a. auch als Mitglied des Kuratoriums der MLU rechtfertigte.

Eva Gerth informierte die Mitglieder des LHA über die Gespräche zur Entwicklung des Schulwesens in Sachsen-Anhalt, den sogenannten „Schulfrieden“, und musste scharfe Kritik an der (zu diesem Zeitpunkt noch nicht zurückgezogenen) Idee des Bildungsministers, den Hauptschulbildungsgang aufzuwerten, üben. Der Idee, die Gedanken der Volksinitiative für mehr Lehrkräfte aufzugreifen, wäre auf diese Art überhaupt nicht entsprochen worden. Debatten gab es naturgemäß auch zum Tarifgeschehen. In der bevorstehenden Tarifrunde zum TV-L, stellt sich die GEW auf harte Auseinandersetzungen ein, zumal von den Arbeitgebern zu erwarten ist, dass sie die Pandemie als Spargrund vorschreiben werden.

Mit den Haushaltsbeschlüssen wurde dokumentiert, dass das Wirken der GEW auf sicheren Grundlagen steht. In diesem Zusammenhang waren aber auch die organisationspolitischen Zukunftspläne zu sehen. Die GEW schöpft ihre Kraft aus ihrer Mitgliedschaft und den damit verbundenen Beiträgen.

Schulpolitik in der Debatte: „Schulfrieden“ geschlossen



(EuW) Nach den Worten des Ministerpräsidenten Reiner Haseloff war es Ziel der Landesregierung, nach dem gescheiterten Volksbegehren das Engagement der Initiative aufzugreifen und gemeinsam mit anderen bildungspolitischen Akteuren einen Konsens über künftige politische Schwerpunkte zu erarbeiten. Nach seiner Auffassung habe sich diese Arbeit gelohnt.

Der vorliegende Maßnahmenkatalog würde nun einen ganz wesentlichen Einfluss auf die künftige Ausrichtung der Schulpolitik in Sachsen-Anhalt haben.

Die Vorschusslorbeeren müssen erst noch bestätigt werden und es muss geprüft werden, ob mit den ausgearbeiteten Empfehlungen tatsächlich Verbesserungen angeschoben werden. EuW dokumentiert sie im Folgenden.

Thesen

5.1 Sicherung der Schulstruktur

1. In der Schulstruktur soll langfristige strukturelle Stabilität in Sachsen-Anhalt gewährleistet werden. Die bestehenden Schulformen haben sich in der bisherigen Struktur bewährt. Dabei gilt es grundsätzlich, Schulformen, die zu gleichen Schulabschlüssen führen, strukturell und personell gleich zu behandeln.
2. Im Land sind wohnortnahe Beschulungsangebote als elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge vorzuhalten. Gerade in dünn besiedelten Regionen sind dazu in der kommenden Legislatur die Kooperationsmöglichkeiten auszubauen und zu fördern. Dazu können Schulen gemeinsame Angebote mit zentralen und dezentralen Standorten unterbreiten, immer mit dem Ziel, eine ausreichende Breite und Qualität von Bildungsinhalten anzubieten.
3. Gerade im Grundschulbereich bedarf es kurzer Wege für kurze Beine. Dafür sind die Grundschulverbünde mit mehr als einem Nebenstand- →

Kandidatur als Vorsitzende der GEW:

Maike Finnern

Berufliche und gewerkschaftliche Vita



Maike Finnern,
*05.12.1968, verheiratet, Wohnort Bielefeld

Studium Deutsch und Mathematik (Sek. I und II) an den Universitäten in Bielefeld und Göttingen, Referendariat am Berufskolleg und an einem Gymnasium. Danach von 1997 an Lehrerin (Ernst-Barlach-Realschule, Rheda-Wiedenbrück), seit 2004 Zweite Realschulkonrektorin. Von 2007 bis 2012 Zweite Realschulkonrektorin an der Realschule Enger.

Von 2004 bis 2012 Mitglied im Bezirkspersonalrat für Realschulen bei der Bezirksregierung Detmold, von 2012 bis 2019 Listenführerin Hauptpersonalrat für Realschulen.

2009 bis 2001 Leitungsteam der Fachgruppe Realschulen und im Landesvorstand der GEW NRW; Mitarbeit im Referat Bildungspolitik, in Gremien auf Kreis- und Bezirksebene

2011 bis 2019 stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW

seit Mai 2019 Vorsitzende der GEW NRW

2014 bis 2018 Vorsitzende des Bezirksfrauenausschusses beim DGB Bezirk NRW

seit 2013 Mitglied im Hauptvorstand der GEW

Mitarbeit im Forum Lehrer*innenbildung und zeitlich eingeschränkt im Forum Digitalisierung

Antragskommission GT GEW 2013 (Düsseldorf); Antragskommission DGB Bezirkskonferenz 2017; Präsidium DGB Bundeskongress 2018

Ziele und Motivation

Im letzten Jahr hat sich sehr deutlich gezeigt, dass die GEW im Spannungsfeld zwischen gewerkschaftlicher Interessensvertretung und Gestaltung von Bildungspolitik steht. Für mich ist das kein Gegensatz, im Gegenteil, es gehört zusammen. Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen und gute bildungspolitische Entscheidungen. Die Hauptaufgaben der kommenden Jahre – gerade durch Corona für alle sichtbar geworden – ist die Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder und Jugendlichen, die Entkopplung des Zusammenhangs von Herkunft und Bildung sowie eine Antwort auf den Fachkräftemangel. Es ist dringliche Aufgabe, entstehende Nachteile – von der frökhindlichen über die schulische Bildung, in den Hochschulen und in der Weiterbildung – auszugleichen. Dafür ist es unabdingbar, Bildung anders und auskömmlich zu finanzieren und die Verteilung von Ressourcen zu hinterfragen. Diesen Fokus hat die GEW in den letzten Jahren bereits gelegt, daran möchte ich intensiv weiterarbeiten. Auf der einen Seite sind mehr Ressourcen notwendig, auf der anderen Seite aber auch eine Verantwortungsgemeinschaft aus Träger, Bundesland und Bund, die Bildung – in jeder Altersstufe – anders und gemeinsam finanziert. Gute Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen, dazu gehören wesentlich die Senkung der Belastung und eine angemessene Bezahlung. Die lange nicht auskömmliche Finanzierung durch die öffentliche Hand betrifft alle Bereiche. Sie hat Folgen für die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsbelastung und die Vergütung/Bezahlung.

Die zunehmende Ökonomisierung von Bildung bedroht deren Unabhängigkeit. Wirtschaftsverbände oder Konzerne versuchen Einfluss auf Bildung zu nehmen. Mit der Einführung von Wirtschaft als Unterrichtsfach in einigen Bundesländern und der Digitalisierung wird das besonders deutlich. Es ist unsere Aufgabe als GEW, diesen Prozess zu gestalten, und zwar so, dass gewerkschaftliche Arbeit – sowohl auf der Seite der Arbeitsbedingungen als auch bei pädagogischen Aspekten – sichtbar ist. Letztlich ist eine gute Finanzierung von Bildung durch die öffentliche Hand ein Grundpfeiler sowohl für gute Arbeitsbedingungen als auch für mehr Chancengleichheit, ein Garant für Unabhängigkeit von Bildung und Säule der Demokratie. →

→ Die Durchsetzung dieser Ziele ist nur möglich mit einer starken GEW. Die GEW ist eine starke Gewerkschaft. Den Generationendialog möchte ich unbedingt fortführen und intensivieren. Es muss uns gelingen, die nachwachsenden Generationen an die GEW zu binden und Mitglieder zu aktivieren. Dieser Prozess ist in den letzten Jahren begonnen worden, wir werden ihn fortsetzen. Die Durchsetzung unserer Ziele ist uns nur möglich als Gewerkschaft im DGB, diese Bindung ist wichtig. Mein Ziel ist es, den DGB und die anderen Mitgliedsgewerkschaften noch mehr in unseren Kampf für mehr Chancengleichheit und bessere Arbeitsbedingungen einzubinden. Gute Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich sind ein wichtiges Element auf dem Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit, das ist für mich als engagierte Gewerkschafterin ein wichtiger Punkt. Meine vielfältigen Erfahrungen in der GEW auf Landes- und Bundesebene sowie beim DGB möchte ich nutzen und in das Amt der Vorsitzenden einbringen. Mein Ziel ist es, die GEW als Organisation weiter zu stärken und Politik und Arbeitgeber von unseren bildungs- und beschäftigungspolitischen Zielen zu überzeugen. Die internationale Arbeit von Marlis ist ein wichtiger Grundstein für die Wahrnehmung der GEW, diese möchte ich fortsetzen. Die GEW ist die Bildungsgewerkschaft, die Beschäftigte aller Bildungsbereiche und aller Bundesländer vertritt und vereint im Ziel für eine bessere Bildungsfinanzierung und mehr Chancengleichheit.

Zu den unter der Moderation von Prof. Johanna Wanka erarbeiteten Empfehlungen zu einem Schulfrieden erklärt der Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Thomas Lippmann:

„Es kann in Sachsen-Anhalt unter Minister Tullner keinen Schulfrieden geben. Denn sein Geschäft ist es, Unfrieden zu stiften. Während sich Frau Wanka gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden redlich mühte, Fehler aus seiner Amtszeit aufzuspüren und Wege aus der Krise des Schulsystems zu beschreiben, legt Minister Tullner eine Kriegserklärung nach der nächsten vor. Ziel seiner Angriffe sind vor allem die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen, aber auch Grundschulen und integrierte Gesamtschulen, die durch seine Maßnahmen aufgerieben und in ihrer Arbeit und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten massiv behindert werden. Immer neue Runden sogenannter bedarfsmindernder Maßnahmen und Entscheidungen, die gewachsene oder sich neu entwickelnde Strukturen im Schulsystem zerstören, markieren den Weg von Minister Tullner.“

So arbeitet Minister Tullner parallel zur vollmundigen Präsentation der Schulfrieden-Ergebnisse gerade daran, tausenden Schüler*innen der Sekundarschulen künftig den Weg zum Realabschluss zu verbauen. Das ist ein tiefer Eingriff in die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen, der in den Schulfrieden-Gespräche hätte beraten werden müssen. Darüber wurde dort aber ebenso wenig geredet, wie über die massive Verschärfung der Vorgaben zur Schulentwicklungsplanung, mit denen Barrikaden gegen die weitere Entwicklung der Gemeinschaftsschulen errichtet und künftige Neugründungen vor allem von Integrierten Gesamtschulen unmöglich gemacht werden.

Es war zu keinem Zeitpunkt der Gespräche das Ziel, die von Minister Tullner in den letzten Jahren gegen viele Widerstände geschaffenen harten Fakten und seine untauglichen Versuche im Umgang mit dem Lehrkräftemangel aufzuarbeiten. So wurde weder über die Ziele des Volksbegehrens „Den Mangel beenden! Unseren Kindern Zukunft geben!“ zur Festschreibung von Bedarfsparametern für die Lehrkräfteversorgung beraten noch über die massiven Eingriffe in die Stundentafel der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen und die Kürzungen an den Grundschulen gesprochen.

Keines der zentralen Kernthemen stand auf der Tagesordnung der Gespräche und so sind die Empfehlungen zwar nett gemeint, aber sie sind viel zu schwach, um tatsächlich Wege aus der Misere des Schulsystems nach der Amtszeit von Minister Tullner aufzeigen zu können. Und selbst dort, wo die Empfehlungen hilfreiche Anregungen für bessere Entscheidungen geben könnten, bestehen größte Zweifel, dass sie aufgegriffen werden.“

→ ort zu ermöglichen. Die Schülerzahlen in Haupt- und Nebenstandorten sind zu flexibilisieren.

4. Schulen erhalten grundsätzlich die Möglichkeit, Ganztagsangebote zu unterbreiten. Das Land wird gebeten, dies durch personelle Ressourcen und zusätzliche finanzielle Mittel für externe Partner zu ermöglichen.
5. Die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen muss erhalten bleiben und ausgebaut werden.
6. Der Elternwille soll über die Anwahl einer Schulform entscheiden. Dies gilt auch für die Förderschulen bzw. den gemeinsamen Unterricht.
7. Perspektivisch ist die Überführung der Zuständigkeiten der Horte in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung zu prüfen.

5.2 Investitionen in die Schulinfrastruktur

1. Die Landesregierung sowie die Schulträger werden gebeten, zu Beginn der kommenden Legislatur eine Bestandsanalyse der schulischen Infrastruktur zusammenzustellen. Diese Analyse ist in ein langfristiges Schulgebäudekataster zu überführen.
2. Sachsen-Anhalt braucht in den kommenden Jahren ein Landesschulbauprogramm, das möglichst bürokratiearm und offen gestaltet wird. Es soll sowohl Schulneubauten als auch Schulsanierungen ermöglichen und aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen auch hinsichtlich gestiegener Anforderungen im Bereich gesundheitlicher Prävention gerecht werden. Das Land erarbeitet eine Richtlinie zu grundsätzlichen Ausstattungsmerkmalen von Schulen, welche insbesondere pädagogische Konzepte berücksichtigt.
3. Um den Erhalt schulischer Standorte im ländlichen Raum zu unterstützen, soll die Schulbauförderung auch für Kooperationschulen inklusive der Nebenstandorte sowie den einzelnen Standorten des Grundschulverbundes zugänglich sein.

5.3 Personal

Grundsätzliches

1. Zur Steuerung des Arbeitsvolumens von Lehrkräften führt Sachsen-Anhalt in Absprache mit den Tarifpartnerinnen und Tarifpartnern sowie Gewerkschaften Arbeitszeitkonten ein. Die Arbeitszeitkonten sollen flexibel zur Anspannung und zum Ausgleich von Mehrarbeit genutzt werden. Der Ausgleich soll sowohl finanziell als auch zeitlich erfolgen können.
2. Sachsen-Anhalt erhöht die Maßnahmen zur Arbeitsschutz- und Gesundheitsschutzprävention, um Überbelastungen bei Lehrkräften künftig noch früher erkennen und abbauen zu können. Dafür soll Lehrkräften einmal jährlich ein Präventionstag zur Verfügung gestellt werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

1. Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein wichtiger Bestandteil der Kollegien vor Ort. Entsprechend dem Konzept zum Einsatz von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Ausstattung der jeweiligen Schulen mit diesen an steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen anzupassen. Die Zielzahl der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist entsprechend zu erhöhen.
2. Schulsozialarbeit soll auch in Zukunft ein fester Bestandteil der Schullandschaft sein. Es ist anzustreben, Schulsozialarbeit für den gesamten Zeitraum der kommenden Legislatur fest zu verankern. Es soll an jeder weiterführenden Schule ein Angebot der Schulsozialarbeit geben. Für Schulen in besonderen sozialen Problemlagen sollen zusätzliche Kräfte zur Verfügung stehen. Die GEW sowie der Landeselternrat melden ein Minderheitenvotum an. Es gibt kein Einverständnis für die vorgeschlagene Formulierung, weil nach Auffassung der GEW und des Landeselternrats Sachsen-Anhalt Schulsozialarbeit in allen Schulformen etabliert werden soll und nicht nur in den weiterführenden Schulen.
3. Schulverwaltungsassistentinnen und Schulverwaltungsassistenten haben sich nach bisheriger Kenntnis bewährt. In einem ersten Schritt sind Schulen (unabhängig von ihrer Schulform) mit mehr als 240 Schülerinnen und Schülern mit einer Schulverwaltungsassistentin oder einem Schulverwaltungsassistenten auszustatten. Darüber hinaus sollen auch Kombinationsformen für kleinere Schulen möglich sein.

5.4 Arbeitsvolumen

Kurzfristige Maßnahmen:

1. Die Vollzeitäquivalent-Zielzahl (VZÄ) bei Lehrkräften ist den sich verändernden Schülerzahlen anzupassen. In der Bedarfsplanung ist das nicht verfügbare Arbeitsvermögen (durch Elternzeit, Beurlaubung, Tätigkeiten von Beschäftigten in der Fortbildung etc.) gesondert nach Gründen auszuweisen.
2. Das Land schafft weitere Anreizsysteme, um die Attraktivität von schwerbesetzbaren Stellen zu verbessern. Dazu gehören u. a. finanzielle Zuschläge, Arbeitszeiterleichterungen, Anwärtersonderzuschläge, Stipendienmöglichkeiten für Studierende, die sich verpflichten, entsprechende Stellen anzutreten, finanzielle Unterstützung von Studierenden bei entsprechenden Praktika und frühzeitige Einstellungszusagen.

3. Zur Betreuung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern wird ein Mentorenprogramm aufgesetzt. Das Programm schafft auch für bereits verrentete Lehrkräfte Anreize, welche die Betreuung von Studierenden, Lehrkräften im Vorbereitungsdienst (LiV) sowie Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern begleiten.
4. Die Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern wird bedarfsgerecht weiter flexibilisiert. In der Regel wird ein akademischer Hochschulabschluss als Einstellungsvoraussetzung gefordert. Die Ableitung von Fächern wird den schulischen Bedürfnissen weiter angepasst und vereinfacht. Im Landesschulamt sind dazu ein einheitliches Vorgehen und detaillierte Absprachen zu gewährleisten.
5. Um kurzfristige Ausfälle kompensieren zu können, erhalten Schulen mit einer Unterrichtsversorgung von weniger als 100 % ein Budget zur Bindung von Vertretungskräften. Dieses ist vor Ort flexibel einzusetzen. Weiterhin wird geprüft, welche Aufgaben Lehrkräfte darüber hinaus erledigen, die nicht mit Arbeitsvolumen unterstellt sind. Werden solche Aufgaben von Lehrkräften als notwendig erachtet werden, so sind sie zu bewerten und mit Arbeitsvolumen zu unterstellen.
6. Das Land legt eine Analyse zur Verwendung von pädagogischem Arbeitsvolumen für andere als unterrichtliche Zwecke vor. Alle Anrechnungssachverhalte werden analysiert und die sinnvolle Überführung auf andere Berufs- und Personengruppen innerhalb der Schule (Schulassistenz, Pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Schulsozialarbeit, pädagogische Hilfskräfte, Externe etc.) geprüft.
7. Nach dem Vorbild der Niedersächsischen Arbeitszeitkommission und auf der Grundlage von Arbeitszeituntersuchungen sollen nach den Landtagswahlen Gespräche mit den Gewerkschaften aufgenommen werden, um eine realistische Bewertung der Arbeitszeit von Lehrkräften zu ermöglichen.
8. In der nächsten Legislaturperiode wird ein Haushaltsplan für die Personalkosten im Bildungsbereich aufgestellt, dessen VZÄ-Zielzahlen gegenseitig deckungsfähig sind. Dadurch sollen die Möglichkeiten des Personaleinsatzes flexibilisiert werden.

Mittelfristige Maßnahmen:

9. Das Land schafft rechtliche Grundlagen, um verbindliche Einstellungs-garantien für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst auszusprechen.
10. Die Personalrekrutierung mit externen Partnern wird im Anschluss an das Pilotprojekt im Jahr 2021 evaluiert und bei Erfolg kontinuierlich ausgebaut.
11. Das Fächerangebot für die berufsbegleitenden Weiterbildungskurse an den Universitäten wird erweitert. Der Bedarf richtet sich nach der Planung im Bericht der Expertenkommission. Die Zielvereinbarungen mit den Universitäten sind entsprechend anzupassen.

Langfristige Maßnahmen:

12. Sachsen-Anhalt setzt sich für eine konkurrenzfähige Bezahlung von Lehrkräften ein.

5.5 Ausbildung von Lehrkräften

1. Das Land richtet gemeinsam mit den Universitäten eine Kommission zur Überarbeitung der Curricula bzw. der Inhalte und Umfänge der Praxisanteile innerhalb der Lehramtsausbildung ein. Dabei sollten alle mit der Ausbildung von Lehrkräften betrauten Institutionen einbezogen werden, u. a. auch die Kolleginnen und Kollegen der zweiten Ausbildungsphase, Lehrkräfte, die in der Ausbildung tätig sind und die Zentren für Lehrerbildung. Gleichzeitig sind Studienzeiten und der Zuschnitt der Lehrämter zu prüfen.
2. Das Land forciert den schrittweisen Ausbau des Fächer- und Studienplatzangebots besonders im Bereich der MINT-Fächer am Universitätsstandort Magdeburg.
3. Die Ausbildungskapazitäten der Universitäten sind kontinuierlich an die Einstellungsbedarfe in allen Fächern anzupassen. Dazu ist der Bericht zum Lehrkräftebedarf kontinuierlich fortzuschreiben.
4. Das Land schafft strukturierte Angebote, um Lehramtsstudierenden Nebentätigkeiten im Schuldienst zu ermöglichen. Zudem wird angestrebt, den Praxisanteil der Ausbildung zu erhöhen.
5. Das Land beauftragt die Universitäten, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um die Abbruchquoten im Lehramtsstudium sukzessive zu senken, ohne die inhaltlichen Anforderungen aufzuweichen.
6. Das Land richtet seine Informationsangebote zur Lehramtsausbildung gezielt auf Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe aus. Darüber hinaus sind Informationen auch in der Studierendenberatung bereitzustellen, u. a. für mögliche Interessenten anderer Studien-

gänge bzw. für mögliche Studierende ohne Abitur. Kooperationen der Lehramts-Ausbildung mit den Fachhochschulen sind anzustreben.

7. Das Land prüft logistisch und finanziell die Einführung zusätzlicher Anreizsysteme für die Besetzung von Stellen im Vorbereitungsdienst, insbesondere für den ländlichen Raum. Dafür muss die Ausbildung in der zweiten Phase stärker in die Fläche des Landes verlagert werden.

5.6 Digitalisierung

Infrastruktorentwicklung:

1. Das Land erstellt im Einvernehmen mit den Schulträgern künftig ein Digitalkataster zur Erhebung der IT-Infrastruktur an den Schulen Sachsen-Anhalts. Hierfür müssen mit Hilfe einer Kommission die Ziele der Erhebung sowie ein Kriterienkatalog entwickelt werden.
2. Sachsen-Anhalt setzt die Förderung moderner technischer Ausstattung der Schulen für die erfolgreiche Implementierung von digitalen Lerninhalten parallel bzw. nach dem Auslaufen des DigitalPakts fort.
3. Der Anschluss aller Schulen an das Glasfasernetz ist bis zum Ende des Jahres 2022 abzuschließen.
4. Das Land entwickelt den Bildungsserver kontinuierlich zu einer einheitlichen und rechtssicheren Plattform als Bestandteil der IT-Unterstützung des Unterrichts weiter. Die digitalen Unterstützungsangebote sollen dabei unterschiedliche digitale Instrumente vereinen.
5. Das Land prüft intensiv Möglichkeiten der länderübergreifenden Zusammenarbeit, um mit gebündelten Kräften zentrale Angebote im Bereich digitaler Bildung weiterzuentwickeln.
6. Das Land evaluiert die Lernmittelkostenverordnung sowie die Schulbaurichtlinie und entwickelt diese kontinuierlich und vor dem Hintergrund dynamischer IT-Entwicklungen weiter (dabei müssen sowohl die digitalen Endgeräte der Schülerinnen und Schüler, digitale Schulbücher, die Softwareausstattung und die Kosten für den Internetzugang Berücksichtigung finden).
7. Das Land unterstützt Schulträger bei der Aufgabe der Netzwerkadministration sowie des IT-Supports. Hierfür muss eine Expertenkommission geschaffen werden, welche qualitative Anforderungen konkret beschreibt.

Unterrichtsentwicklung:

1. Das Land erarbeitet für die Lehrkräfte weitergehende Orientierungshilfen und Handlungsleitfäden für die Gestaltung des digitalen Unterrichts und für die Weiterentwicklung des Hybridunterrichts. Dabei werden Unterstützungshilfen, wie zum Beispiel Schülermentorenprogramme, mitentwickelt.
2. Die Nutzung digitaler Medien und deren risikobewusster und datenschutzkonformer Einsatz sind wichtige Kompetenzen. Digitale Medien können einen Beitrag für die Barrierefreiheit leisten und sollten auch in diesem Sinne gestaltet und gefördert werden. Schulen sollen daher konzeptionell an der Kompetenzförderung mit allen Beteiligten arbeiten.
3. Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) intensiviert die Arbeit im Bereich der Digitalisierung und der Weiterentwicklung der Schulqualität.

Personalentwicklung:

1. Das Land fördert die Überarbeitung digitaler Ausbildungsinhalte in den drei Phasen der Lehrerbildung gemeinsam mit den Universitäten, den staatlichen Seminaren und dem LISA.
2. Das Fort- und Weiterbildungsangebot für Lehrkräfte wird weiterhin um digitale Angebote ergänzt und erweitert, die modular aufgebaut sind, zeitlich flexibel und individuell absolviert werden können. Den Bedürfnissen der Lehrkräfte und der Schulen ist dabei Rechnung zu tragen.

5.7 Inhaltliche Weiterentwicklung des Schulwesens

Das Land richtet zu Beginn der kommenden Legislatur eine Kommission bestehend aus Praktikerinnen und Praktiker aller Schulformen, Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden und Vertretern von Universitäten mit Lehramtsausbildung zur inhaltlichen Weiterentwicklung des Schulwesens ein.

Streit um Versetzungsverordnung: Erst mal nur auf Eis gelegt?

(EuW-hdk) Der Bildungsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Marco Tullner, ist beim Vorgehen in Sachen der geplanten Änderung der Versetzungsverordnung zurückgerudert.

Vor dem Hintergrund der geplanten Änderungen der Versetzungsverordnung erklärte er Anfang Mai: „Die Forderungen, die Änderungen an der Versetzungsverordnung grundsätzlich zu beerdigen, sind reiner Populismus. Die Änderung der Versetzungsverordnung ist zwingend notwendig, um

Nach Angaben des Statischen Landesamtes gab es im Schuljahr 2019/20 folgende Abschlüsse:

Schulabgänger insgesamt	17.454	
Schüler*innen ohne Schulabschluss	1.773	10,2 %
- davon aus dem Real Schulunterricht an Sekundarschulen	126	0,7 %
Schulabgänger aus dem Real Schulunterricht an Sekundarschulen	5.520	
Schüler*innen mit einem Real Schulabschluss	5.175	93,8 %
- davon mit einem Erweiterten Real Schulabschluss	1.845	33,4 %
Schüler*innen mit einem (qualifizierten) Haupt Schulabschluss	219	3,9 %
Schüler*innen ohne Schulabschluss	126	2,3 %

ein freiwilliges Wiederholen in diesem Schuljahr ohne eine Anrechnung auf die Gesamtverweildauer zu ermöglichen.“ Dies sei, so Tullner, das Hauptargument für die Notwendigkeit der Verordnungsänderung. So weit so gut. Der eigentliche Streitpunkt war jedoch die Regelung, mit der tausenden Schülerinnen und Schülern der Sekundarschulen künftig der Weg zum Real Schulabschluss verbaut werden würde. Diesen tiefen Eingriff in die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen wollten weder die GEW noch ein Teile des Landtages, darunter auch Regierungsparteien, hinnehmen.

Tullner bezeichnete die Kritik an seinem unabgestimmten Vorgehen als „teilweise sehr unsachliche Beiträge“. Nichtsdestotrotz hat er die Regelungen zur Einstufung in den Real Schulabschluss bzw. Haupt Schulabschluss bezogenen Unterricht nicht in die Versetzungsverordnung aufgenommen. Er kündigte an, im kommenden Schuljahr erneut die Angelegenheit aufgreifen zu wollen. Es klingt schon phrasenhaft wenn er in seiner Presseerklärung formuliert: „Es bleibt das Ziel, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu einem guten Schulabschluss zu bringen, der den Anforderungen der späteren Berufswelt auch gerecht wird.“ Er kündigte eine breite Diskussion an, die er aber in den letzten Wochen wohl bewusst umgangen hat.

Die nun zurückgezogenen Regelungen waren bildungsfeindlich und würden den Fachkräftemangel im Land weiter massiv verschärfen! Durch die Abschiebung tausender Schülerinnen und Schüler in den Haupt Schulunterricht würde die Zahl der Schulabrecher sogar weiter deutlich steigen. Die gesamte Abschlussbilanz würde sich, so der LINKEN-Bildungspolitiker Thomas Lippmann, „dadurch drastisch zu Lasten der Real Schulabschlüsse verschieben. Die Folge wäre ein Desaster für die Fachkräftesituation im Land und für die wirtschaftlichen Perspektiven.“ Er fügte hinzu: „Ein so weitreichender Eingriff in bestehende Strukturen mit so gravierenden Folgen kann und darf nicht die Spielwiese eines einzelnen Ministers sein. Hier sind das gesamte Kabinett und der Ministerpräsident gefordert, diesen Irrweg zu beenden, bevor er beginnt.“

Die GEW Sachsen-Anhalt hat sich der Kritik am Vorgehen des Bildungsministers angeschlossen und hält die Taktik, die Sache „nur auf Eis zu legen“, für eine Rechnung ohne den Wirt. Sie werde ihre bildungspolitische Verantwortung wahrnehmen und auch weiterhin solch ein selbstherrliches Vorgehen aufdecken. Übrigens finden demnächst Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalts statt, deren Ergebnisse nicht vorweggenommen werden sollten, wenn man schon für das kommende Jahr Ankündigungen macht.

Tarifrunde der Länder 2021: Aufakt der Forderungsdiskussion



Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Herbst 2021 steht uns eine schwierige Tarifrunde der Länder bevor. Deshalb möchten wir unseren Beitrag mit einem Zitat von J. W. v. Goethe beginnen, welches nichts an Aktualität eingebüßt hat: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechseln, kann etwas Nützliches geschehn.“

Im März und April haben wir mit unseren Mitgliedern die Forderungsdiskussion begonnen. Die Corona-Pandemie zwang uns dazu, diese Veranstaltungen als Videokonferenzen durchzuführen. Die Diskussionen waren sehr konstruktiv und vielschichtig. Sehr viele Punkte wurden angesprochen, die für diese Tarifrunde von substantieller Bedeutung sind. In den drei Gesprächsrunden waren viele Beschäftigtengruppen vertreten. Wichtige Themen in den Diskussionen waren die unbedingt notwendigen Veränderungen am Manteltarifvertrag, beispielsweise die überfällige stufengleiche Höhergrup-

pierung, die im Tarifvertrag der Kommunen und des Bundes längst vereinbart ist, oder die Einführung der Paralleltafel, die unseren Lehrkräften an den Grundschulen zumindest die Eingruppierung in die E 12 mit einem spürbaren Entgelzluwachs bringen würde. Es könnte ein weiterer Schritt in Richtung A 13/E 13 sein. Ein weiterer Schwerpunkt der Verhandlungen muss auch bei den befristeten Beschäftigten an den Hochschulen liegen. Hier ist die Befristungsquote unverändert hoch; bei den wissenschaftlichen Beschäftigten unter 45 Jahren liegt sie über 90 Prozent. Aus diesem Grund muss befristete Beschäftigung durch eine Zulage verteuert werden. Es kristallisierte sich in den Diskussionen klar heraus, dass die Mehrkosten und die Mehrbelastungen der Kolleginnen und Kollegen sich in einer spürbaren linearen Entgelterhöhung widerspiegeln müssen. Während der Online-Diskussionen wurde immer wieder auf die stetig steigenden Arbeitsbelastungen hingewiesen. Diese Belastungen zeigen sich insbesondere beim Wechselunterricht – es müssen Schülerinnen und Schüler in Präsenz unterrichtet und Aufgaben für die, die zu Hause sind, bereitgestellt werden. Hinzu kommt, dass in der Zeit des Distanzunterrichts unzählige Mails geschrieben, Telefonate geführt, schriftliche Abgaben kontrolliert wurden. Und das betrifft natürlich sowohl die tarif-

beschäftigte als auch für die verbeamteten Lehrkräfte.

Um unsere Forderungen zu erreichen, werden wir verstärkt auch die Beamtinnen und Beamten einbeziehen, aber ohne sie zum Streik aufzufordern. Ein wichtiger Punkt aller Forderungen der Gewerkschaft ist immer die erzielten Ergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Wir bereiten uns auf einen kämpferischen Herbst vor, nachstehend die angesetzten Verhandlungstermine:

8. Oktober 2021	1. Verhandlungsrunde (Auftakt) in Berlin
1. und 2. November 2021	2. Verhandlungsrunde in Potsdam
27. und 28. November 2021	3. Verhandlungsrunde in Potsdam

Mit welchen Forderungen wir bundesweit gemeinsam mit ver.di, der Gewerkschaft der Polizei und der IG BAU in die Verhandlungen gehen werden, wird Ende August festgelegt. Wir werden euch auf dem Laufenden halten und euch zu Aktionen aufrufen.

Forderungen zur Tarifrunde TV-L 2021:

Hochschulbeschäftigte für den Tarifkampf aktivieren

(EuW-hdk) Beim Vorbereitungstreffen der Bundestarifkommision-Länder am 5. Mai kamen von den Vertreter*innen aus den Hochschulen besondere beschäftigungspolitische Forderungen. Von der Bundesfachgruppe Hochschule und Forschung wurde vorgeschlagen, in der kommenden Tarifrunde die Aktionen an den Hochschulen auf zwei zentrale Forderungen zu fokussieren, mit denen gezielt mobilisiert werden könne.

„Keine Ausnahme!“

Der Geltungsbereich des TV-L soll dahingehend geändert werden, dass die Ausnahme für studentische, wissenschaftliche und künstlerische Hilfskräfte gestrichen wird. Hintergrund dafür ist, dass eine bundesweite Tarifkampagne für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TVStud) am 1. April gestartet ist. Eine entsprechende bundesweite Petition wird von GEW und ver.di mitgetragen. Diese Initiative nicht in der Tarifrunde aufzugreifen, wäre ein fatales Signal. Die Forderung „Keine Ausnahme“ zuzulassen, erstreckt sich gleichermaßen auf die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Lektor*innen).

„Befristung ist teuer!“

Für befristet Beschäftigte soll die Zahlung einer besonderen Zulage als Ausgleich für ihr besonderes Weiterbeschäftigungsrisko gewährt und den Arbeitgebern so ein Anreiz gegeben werden, befristete Beschäftigungsverhältnisse nur dann zu begründen, wenn diese zwingend erforderlich sind. Hintergrund ist die unverändert hohe Befristungsquote. Sie ist das zentrale beschäftigungspolitische Thema an den Hochschulen.

Abseits der Professor*innen sind 92 Prozent der wissenschaftlichen Beschäftigten unter 45 Jahren befristet beschäftigt (BuWiN 2021). Es gibt an vielen Standorten ausreichend Mobilisierungsbereitschaft, um im Rahmen der anstehenden Tarifauseinandersetzungen gegen diesen Befristungswildwuchs „auf die Straße“ zu gehen oder sich pandemiebedingt an anderen Aktionsformen zu beteiligen.

Weitere Forderungen

In sogenannten Begleitbeschlüssen wurden weitere Forderungen formuliert: Höhergruppierungen nach § 17 Abs. 4 TV-L sollen stufengleich und unter Anrechnung der bereits zurückgelegten Stufenlaufzeit erfolgen. Es soll eine Verbesserung der Anerkennung von Berufserfahrung und förderlichen Zeiten angestrebt werden. Dabei ist unter anderem dafür Sorge zu tragen, dass eine einschlägige Berufserfahrung – unabhängig davon, ob sie beim selben oder bei einem anderen Arbeitgeber erworben wurde – bei der Einstufung im vollen Umfang berücksichtigt wird, und dass Zeiten wissenschaftlicher Arbeit auf Grundlage eines Stipendiums anerkannt werden.

Die Tarifvertragsparteien sollen weitere wirksame Maßnahmen vereinbaren, um befristete Beschäftigung – auch im Wissenschaftsbereich – einzudämmen. So könnte etwa die Benachteiligung durch den Verfall von Stufenlaufzeiten beim Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages

beim gleichen Arbeitgeber beseitigt werden. Auch Regelungen zu Mindestbefristungsduern und ein Verzicht auf sachgrundlose Befristung können zu Verbesserungen führen.

Der § 40 TV-L soll dahingehend geändert werden, dass Beschäftigte auf befristeten Qualifikationsstellen mindestens 50 Prozent, bei befristeten Promotionsstellen mindestens 75 Prozent der Arbeitszeit für die eigene wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung stehen. Lehrkräfte für besondere Aufgaben (Lektor*innen) sind in die Entgeltordnung des TV-L aufzunehmen. Speziell aus Sachsen-Anhalt wurde gemahnt, die Tätigkeit promovierter Wissenschaftler*innen mindestens mit E 15 zu vergüten. ■

Liebe Jenny, beste Freundin,

für ein Proseminar vor wenigen Tagen hatten wir uns aus Restbeständen des Osterhasen bedient. Wer nicht redete, versenkte ein Marzipanei hinter dem Gesichtssegel und schleckerte genüsslich, schwieg still dazu und lauschte den gerade mitgeteilten Ideen. Aus höchster Konzentration entwickelte sich auf diese Weise eine wunderbar logische Folge von Annahmen und Folgerungen und Begründungen, von Zweifeln und Negationen, von Beispielen und Gegenbeispielen. Bitte lass es mich idealisiert sagen: Es entstand ein anstrengender und zugleich vergnüglicher Gedankenreigen; von dem möchte ich dir jetzt ein wenig erzählen:

... nein, ich nehme den sowohl an den Hochschulen wie in studentischen Wohngemeinschaften allgegenwärtigen Flachbildschirm als einen Ausdruck von Flachheit in vielen Veranstaltungen; damit fehlt es der Bildung offensichtlich an der dritten Dimension, und in die packe ich alles rein, was ich derzeit im Studium vermisste ... es ist dein gutes Recht, dir ein wärmendes Lagerfeuer zu wünschen und das Lernen in dunkler Einsamkeit nicht zu mögen, doch erklär uns zuvor, was du unter Bildung verstehst: eine Wunsch Welt zur Selbstfindung, einen Tüschlüssel für die Lebensbahn, irgendwie nützliches Wissen? ... halt, halt, zuerst denke ich, du betrachtest diese Frage zu stark individuell – das passt zwar in diese Zeit des Rückzugs, vernachlässigt allerdings, wichtige Lösungen entstehen im Austausch, sind oft Resultat origineller Verknüpfungen; darüber hinaus nehme ich an, Bildung zu definieren könnte sich gerade in dieser Zeit als ungemein schwierig erweisen ... stimmt, wir müssen Bildung neu denken ... irgendwie schon, aber sag es genauer, denn dieses „Neu Denken“ ist zu einer Floskel geworden, die weder Prämissen noch Konklusionen wirklich erkennen lässt ... gut, bleiben wir bescheiden und hätten uns vor einer absoluten Wahrheit, also möchte ich unscharf erklären: für mich bedeutet Bildung, etwas zu tun und dabei gleichzeitig für möglich zu halten, es könnte auch anders gehen ... gewiss, aber du musst schon wissen, wohin du willst – und das nicht nur irgendwie unscharf, sondern einigermaßen genau ... oh, oh, du sagst uns damit, wir müssen etwas von Zukunft verstehen, um unser Wohin zu orientieren ... ja klar, wohin wollen wir und wohin können wir? – das ergründen wir und dann rechnen wir uns die Zukunft aus ... das sehe ich aber ganz anders – ausrechnen, einen Algorithmus für die Zukunft? –, erinnere dich nur an so manche klappige Prognose, ich würde von Demut gegenüber der Zukunft sprechen, gerade weil wir sie nicht sehen können ... wir alle hier studieren mit Blick auf diese Zukunft und sind ein Teil von ihr, da wünschte ich mir mehr Phantasie der Hochschulen und mehr Finanzen, mehr Chancen dafür, das Studieren optimal zu gestalten ... genau, online ist fein reicht mir gar nicht ... ist euch unter all den vielen Studien eine bekannt, die sich fragt, wie es uns, den Studies, derzeit geht? ... wunderbar, dieses Jahr erwartet Heldenataten: solch eine Untersuchung machen wir selbst – von den Fragen bis zur Auswertung der Antworten ... dazu muss unbedingt gehören: was erreichen wir dadurch, welche Qualität bringen wir in Bildungsdiskussionen? ... mindestens würde gezeigt: auch wir sind die Welt ... du gehst ja ran, aber dann möchte ich meinen Vorschlag von der vergangenen Woche erneuern: wir schwärmen aus zu den Kindern in den Schulen und versuchen, die Arbeit dort zu unterstützen ... perfekt, auf einer Wiese – im Maisonnenschein – eine Geschichte vorlesen ...

Liebe Jenny, ungefähr so lief das ab. Wir hatten Anregungen und Vorschläge zur Verfügung, mehr Fragen als Antworten waren entstanden und alle freuen sich auf die Fortsetzung. Diese Plage, dieses Dings, wagte sich nicht zu uns.

Es grüßt dich in enger Verbundenheit

deine Laura

Als ich vor 16 Jahren mein Studium aufnahm, wollte ich unbedingt Lehrerin werden. Ich erinnere mich wie heute, dass eine Mitarbeiterin der Studienberatung mir mein

Lehrer*innenausbildung in Sachsen-Anhalt: Beherzt anpacken statt dauerhaft einpacken

Vorhaben regelrecht ausredete. Sie rechnete mir vor, wie viele Lehramtsstudierende derzeit die Universität besuchten und dass es in wenigen Jahren zu viele Lehrer*innen geben würde und dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für mich schlecht stehen würden. Als frisch von der Schule kommende Zwanzigjährige ließ ich mich überzeugen und wählte einen Masterstudiengang. Wer von uns beiden hatte sich damals unzureichend informiert? Jetzt, 16 Jahre später, herrscht enormer Lehrkräftemangel. Gerade in Ostdeutschland fehlen ausgebildete Grundschullehrer*innen, Lehrkräfte in den MINT-Bereichen, Förderschul- und Berufsschullehrkräfte – man könnte sich die Aufzählung sparen – kurzum: Es fehlt in allen Bereichen!

Lehrkräfte haben keine Zeit für die Unterrichtsvorbereitung, Lehrpläne können nicht eingehalten werden, der Verwaltungsaufwand behindert die tägliche Arbeit und der eigentliche Unterricht ist nur noch Nebensache. Der Mangel kratzt an der Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer und er kratzt am Wissensstand unserer Schülerinnen und Schüler. Was die Politik verschlafen hat, geht zu Lasten der Ausbildungschancen der jungen Menschen, die ihre Zukunft und unsere Gesellschaft gestalten wollen. Die Auswirkungen spürt eine ganze Generation.

Wir werden seit Jahren von Expert*innen gewarnt, dass es längst fünf nach Zwölf sei. Die Lehrer*innenausbildung muss sich qualitativ und quantitativ verbessern. Daher fand am 3. Mai auf Initiative des GEW-Landesverbandes

an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg eine Podiumsdiskussion zur Lehrer*innenausbildung in Sachsen-Anhalt statt. Unser Titelthema informiert über die Veranstaltung und gibt einen Überblick über die erforderlichen Ausbildungskapazitäten im Lehramt. Die GEW-Broschüre „Vorausdenken. Voranbringen. Reformen und Handlungsbedarf für eine gute Lehrer*innenausbildung“ stellt zudem Handlungsmöglichkeiten vor. Sie beinhaltet die GEW-Vorstellungen, wie die am 6. Juni neu zu wählende Landesregierung die Misere in Sachen Lehrer*innenausbildung angehen kann.

Christiane Rex



GEW-Forum zur Zukunft der Lehrer*innenausbildung: Bedarf an Schulen und Hochschulen steigt immer weiter

Am 23. Februar 2018, also vor rund drei Jahren, fand an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) auf Initiative der dortigen GEW-Hochschulgruppe die Podiumsdiskussion „Quo vadis Lehramtsausbildung an der MLU: Konzepte, Qualität und Probleme angesichts des Lehrermangels“ statt. Anlass war die schon damals besorgniserregende Situation in der Lehramtsausbildung; es fehlten zunehmend Lehrkräfte im Lande, aber vor allem auch Absolvent*innen aus der Lehramtsausbildung an den Universitäten. Das Land hatte damals eine Expertenkommission einberufen, die Empfehlungen für einen Ausbau der Lehrer*innenausbildung abgab. Die MLU hatte sich u. a. verpflichtet, die Absolventenquoten zu erhöhen.

Drei Jahre sind seitdem vergangen und man hat nicht den Eindruck, dass sich die Situation verbessert hat. Im Gegenteil: Corona macht wie ein Brennglas die Defizite deutlich, verschärft allerdings die Bedingungen auch enorm. Lehrkräfte müssen im Wechselunter-

richt, Präsenz und online arbeiten. Sie müssen Corona-Schnelltests und diverse Hygienemaßnahmen umsetzen. Sie müssen sich um verzweifelte Kinder und Eltern kümmern und mit den Tücken der Technik kämpfen. Sie fallen mitunter selbst durch Quarantäne oder Erkrankung aus. Die IT-Ausstattung der Schulen ist immer noch nicht da, wo sie sein sollte. All das kostet zusätzliche Arbeitszeit und Kraft. Von den Folgen für die Qualität des Unterrichts und den Konsequenzen für die Schülerinnen und Schüler ganz zu schweigen. Ähnliches lässt sich von den Universitäten und der Situation der Lehrenden und Studierenden berichten. Die Situation ist so brenzlig geworden, dass es sogar Überlegungen gibt, eine Pädagogische Hochschule in Sachsen-Anhalt neu zu gründen. Wenige Wochen vor den Landtagswahlen schien es deshalb allerhöchste Zeit, eine Bilanz zu ziehen und zu hören, wie die Parteien sich die Lösung des Dilemmas vorstellen. Die GEW hatte hierzu mit der Broschüre „Vorausdenken. Voranbringen.“

ein Papier mit Lösungsvorschlägen vorgelegt. Am 3. Mai fand deshalb in der Aula der MLU erneut eine Podiumsdiskussion statt. Diesmal mit Prof. Dr. Christian Tietje, Rektor der MLU, Prof. Dr. Jens Strackeljan, Rektor der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OvGU), Prof. Dr. Michael Ritter, Professor für Grundschuldidaktik Deutsch/Ästhetische Bildung an der der MLU, sowie Eva Gerth, Vorsitzende der GEW Sachsen-Anhalt. Online waren zugeschaltet: Madeleine Linke (Bündnis 90/Die Grünen), Marco Tullner (CDU), Thomas Lippmann (DIE LINKE), Dr. Lydia Hüskens (FDP) und Dr. Katja Pähle (SPD). Die Veranstaltung wurde von Sven Kochale (mdr) moderiert, sie kann noch unter dem Link <https://www.youtube.com/UniHalleMLU> nachgeschaut werden.

Die Bilanz ist etwas ernüchternd: Übereinstimmend wurde von allen festgestellt, dass es einen enormen Lehrkräftemangel im Land gibt, dass die Absolvent*innen der Universitäten nicht ausreichen und dass die fachbezogene Ausbildung nicht dem Bedarf entspricht. In den kommenden fünf Jahren kann der Lehrkräftebedarf in Sachsen-Anhalt nicht einmal zu 50 Prozent über die landeseigene Ausbildung gedeckt werden, an den Sekundarschulen sogar nur zu 22 Prozent. Lehrkräfte fehlen bundesweit. Im Moment immatrikulieren die MLU und OvGU zusammen jährlich ca. 1.000 Studierende in der Lehrer*innenausbildung, derzeit beenden davon weniger als 60 Prozent das Studium. Laut Berechnungen der GEW wären 1.600 Immatrikulationen pro

Jahr notwendig. Es bedarf an beiden Universitäten mehr Einstellungen von qualifizierten Wissenschaftler*innen, aber ebenso von wissenschaftsunterstützendem Personal. Die befristete Finanzierung des Ausbaus des Lehramtsstudiums durch das Land muss auf dauerhafte Füße gestellt werden. Gefordert wurde, dass Studium und Referendariat mehr an die Anforderungen der digitalen Lehre und der Inklusion angepasst werden müssen. Es wurde auch deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Schulen verbessert werden muss, Studierende müssen noch eher und mehr in den Schulen die Praxis kennenlernen, wie auch Zuschriften zu der Veranstaltung zeigten. Hinterfragt wurde auch die Studienstruktur. Die Idee der Gründung einer Pädagogischen Hochschule wurde im Wesentlichen verworfen, zumal sie zunächst nur enorme Kosten verursachen würde und kurzfristig keines der erwähnten Probleme lösen könnte. Eva Gerth brachte es zum Schluss der Veranstaltung auf den Punkt: Es müssen endlich Lösungen gefunden werden.

© SW-KOMMUNIKATION.NET

Es wurde lange genug diskutiert, alle Probleme sind seit Langem bekannt. Stand der Dinge ist leider aber derzeit eher das Gegenteil: Der Rektor der MLU, Prof. Christian Tietje, informierte während der Veranstaltung, dass die Universität die vom Land geforderte Erhöhung der Studienkapazität von 800 auf 1.000 Lehramtsstudiengänge zum kommenden Wintersemester nicht umsetzen kann, da die Finanzierung vor allem des Personals durch das Land bisher nicht gesichert ist. Wenn es dabei bleibt, steuern wir in der Bildung unserer Kinder und Enkel weiter auf eine Katastrophe zu. Deshalb auch an dieser Stelle der Aufruf an die jetzige und die zukünftige Landesregierung: Verhindern Sie das und sorgen Sie für eine ausreichende Ausstattung der Hochschulen! Es muss gehandelt werden! In den nächsten zehn Jahren gehen insgesamt ca. 9.500 Lehrer*innen in Rente. Ca. 800 Lehrer*innen fallen pro Jahr zudem wegen Elternzeit/Langzeiterkrankung aus. Der Bedarf in der Lehrer*innenausbildung bleibt über die nächsten 15 bis 20 Jahre weiterhin enorm.

Bertolt Marquardt



Fotos: Uni Halle/Markus Scholz (2)

Broschüre zur Lehrer*innenausbildung veröffentlicht:

GEW beschreibt Bedarfe und Handlungsmöglichkeiten

(EuW) Mit der Broschüre „Vorausdenken. Voranbringen. Reform- und Handlungsbedarf für eine gute Lehrer*innenausbildung in Sachsen-Anhalt für die 8. Wahlperiode (2021–2026)“ legt die GEW Sachsen-Anhalt zum wiederholten Mal eine fundierte Beschreibung der Situation an den Schulen und Hochschulen vor. Zentraler Aufhänger bleibt dabei der nach wie vor enorme Lehrkräftemangel im Land. Um hier gezielt gegensteuern zu können, spricht sich die GEW in dem Papier für eine massive quantitative und qualitative Ausweitung der aktuellen Ausbildungsplanungen aus. Die detaillierte Berechnung der konkreten Bedarfe fußt auf einigen Grundannahmen, die sich aus statistischen Zahlen und langjährigen Erfahrungen in der Lehrer*innenausbildung ergeben. So ist auch in den nächsten Jahren mit weiter steigenden Schüler*innenzahlen zu rechnen, etwa weil die Schulpflicht für den geburtenstärksten Jahrgang der letzten Dekade erst im Schuljahr 2034/35 enden wird. Diesem erhöhten personellen Bedarf stehen sehr große Abgangs-

zahlen bei den Lehrkräften in den nächsten Jahren gegenüber. Solche rein statistischen Größen werden in dem Papier mit einigen empirischen Erkenntnissen in Beziehung gesetzt. So zeigte sich in den letzten Jahren etwa, dass der Bedarf an neuen Lehrkräften zu erheblichen Teilen über die Ausbildung im eigenen Land gedeckt werden muss und dass mit der vermehrten Einstellung junger Kolleg*innen auch die Ausfallzeiten durch Mutterschutz und Elternzeit stark ansteigen.

Die Anzahl der Lehrkräfte, die in den nächsten neun Jahren in die Rente gehen oder durch Langzeiterkrankungen und Kündigungen aus dem System ausscheiden, muss in der Bedarfsanalyse um die bestehenden Defizite erhöht werden. Insgesamt sollten deshalb nach den Berechnungen in der Broschüre bis zum Jahr 2030 etwa 12.500 Lehrkräfte neu eingestellt werden. Die Immatrikulationszahlen in der Lehrkräfte-Ausbildung an den Universitäten in Sachsen-Anhalt hinken diesem konstant hohen Bedarf erheblich hinterher. →



Vorausdenken. Voranbringen.

Reform- und Handlungsbedarf für eine gute Lehrer*innenausbildung in Sachsen-Anhalt

für die 8. Wahlperiode (2021–2026)

www.gew.sachsen-anhalt.de

Berechnung der erforderlichen Ausbildungskapazitäten

I. Abschätzung des Neueinstellungsbedarfs bis zum August 2030

(Grundlage ist die Statistik des Bildungsministeriums zum Alter der Stammlehrkräfte an den öffentlichen Schulen zum Stichtag 31. August 2019 – allgemeinbildende und berufsbildende Schulen)

A. Ausscheiden mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze (öffentliche Schulen) (alle Lehrkräfte, die am 31.08.2019 das 56. Lebensjahr vollendet hatten)	ca. 6.300
B. Ausscheiden vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze (öffentliche Schulen) (75% der Lehrkräfte, die am 31.08.2019 das 52. Lebensjahr vollendet hatten)	ca. 2.400 ¹⁾
(10 % der Lehrkräfte, die am 31.08.2019 unter 52 Jahre alt waren)	ca. 600
C. Ersatzeinstellungen für Elternzeit (Verdopplung des heutigen Beurlaubungsumfanges > 100 VZÄ)	ca. 200
Zwischensumme: unmittelbarer Ersatzbedarf an öffentlichen Schulen	ca. 9.500
D. Ausscheiden im Bereich der Ersatzschulen (vergleichbar den öffentlichen Schulen: 66 % der aktuellen Stammlehrkräfte)	ca. 700
E. Ausgleich des bereits bestehenden Lehrkräftebedarfs, Differenz zum Lehrkräftebedarf nach dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens	ca. 2.300
Summe für die Zeit von 2021 bis 2030	ca. 12.500

II. Ausbildungskapazität für die erste Phase (Erstsemester)

benötigte Absolvent*innen pro Jahr

„Verluste“ durch Studienabbrüche, -wechsel etc. (20 % über zehn Semester)

Summe für die Zeit ab 2021

III. Ausbildungskapazität für die zweite Phase (16 Monate)

benötigte Absolvent*innen pro Jahr

zusätzliche Plätze für vier Monate (12 + 4 = 16 Monate)

Summe für die Zeit ab 2021

¹⁾ Es ist nicht sicher, ob 25 % der Beschäftigten zwischen dem 63. Lebensjahr und dem regulären Rentenalter im Dienst verbleiben.

→ Zumal bei Weitem nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle Studierenden auch einen qualifizierenden Abschluss machen. Die Abbruchquoten sind mitunter sehr hoch. Rechnet man einen solchen Verlust über die gesamte Ausbildungszeit mit ein, müssten die Immatrikulationszahlen an den Universitäten Halle und Magdeburg für diesen Bereich auf gut 1.600 pro Jahr steigen. Dies würde natürlich auch einen entsprechenden Ausbau in der zweiten Ausbildungsphase – also an den Staatlichen Seminaren – nach sich ziehen. Für die Verteilung dieser Ausbildungsplätze auf die Universitäten, Seminare und Schulformen macht die Broschüre jeweils sehr genaue Vorschläge.

Neben dieser rein quantitativen Betrachtung werden in dem Papier auch qualitative Bausteine beschrieben, um die Situation an den Schulen und Hochschulen zu verbessern. So plädiert die GEW dafür, dass die bisher getrennten Ausbildungen für Sekundarschulen und Gymnasien in einem gemeinsamen Lehramt „Sekundarstufe“ zusammengeführt werden. Damit ließe sich perspektivisch dem Aufwuchs an Gemeinschaftsschulen besser Rechnung tragen und der Einsatz der Lehrkräfte an den beiden Schulformen flexibler gestalten. Analog dazu könnte mit dem Lehramt „Primarstufe“ eine stärkere Verzahnung der Grundschulfächer mit Förderschwerpunkten wie Lernen oder Deutsch als Zweitsprache etabliert werden, um den gestiegenen Anforderungen in diesem Bereich zu begegnen. Für die Umsetzung all dieser Maßnahmen müssen die Universitäten dauerhaft besser ausgestattet werden. Das betrifft finanzielle, räumliche und vor allem personelle Aspekte. Die universitäre Lehrer*innenausbildung sollte von den zukünftigen Mitgliedern des Landtages und der Regierung als Daueraufgabe verstanden und die Hochschulen mit entsprechenden Strukturen und Ressourcen ausgestattet werden.

Darüber hinaus unterbreitet die Broschüre auch Maßnahmen, die kurz- und mittelfristig die desolate personelle Situation an den Schulen etwas mildern können. Durch die Versäumnisse der letzten Jahre müssen jetzt viele Ressourcen und Ideen in den Quer- und Seiteneinstieg gesteckt werden. Dazu gehören etwa die didaktische und weitere fachliche Ausbildung dieser potentiellen neuen Kolleg*innen an den Schulen. Auch dafür sollten den Schulen und Hochschulen tragfähige Konzepte und Finanzen für eine längere Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Die GEW hat mit der Veranstaltung Anfang Mai einen sehr guten Auftakt zur Verbreitung der Broschüre mit ihren Vorschlägen gesetzt, sie wird über die gesamte kommende Legislaturperiode nicht in ihren Bestrebungen zur Verbesserung nachlassen. Alle, die sich detailliert informieren möchten, können die Broschüre unter info@gew-lsa.de kostenfrei bestellen.



Die vollständigen Antworten finden sich in der EuW 05/2021.

Aus den Antworten auf die Wahlprüfsteine der GEW: Wie soll die Lehrer*innenausbildung künftig gestaltet sein?

CDU: [...] Die schulformspezifische Ausbildung hat sich in Sachsen-Anhalt bewährt, es gibt keinen [...] Grund für einen Systemwechsel. Im Hinblick auf Sicherstellung der Lehrkräfteausbildung müssen perspektivisch die Bedarfe der Fächer ermittelt werden. Diese Bedarfe müssen sich vor allem an der Unterrichtsversorgung Sachsen-Anhalts orientieren. [...] Weiterhin sind die Studienabläufe zu optimieren, da es immer wieder zu Überschneidungen kommt. Um den mittelfristigen Lehrkräftebedarf sicherzustellen, bedarf es geschärfter Angebote und attraktiver Rahmenbedingungen für sog. Quer- und Seiteneinstieger. [...]

DIE LINKE: [...] Die beiden Universitäten müssen finanziell und räumlich in die Lage versetzt werden, mindestens 1.500 Erstsemesterplätze im Lehramtsstudium anzubieten. Dafür muss die Lehramtsausbildung auch in Magdeburg wieder stärker ausgebaut werden. Außerdem ist eine stärkere Lenkung der Studienbewerber*innen nach dem Fächerbedarf unerlässlich. Im Studium müssen wieder Pädagogik und Didaktik im Mittelpunkt stehen, dafür müssen die Fachdidaktiken und die fachdidaktische Forschung gestärkt werden. Die Vermittlung von fachwissenschaftlicher Kompetenz soll in eigens für das Lehramtsstudium konzipierten Lehrveranstaltungen erfolgen. Inklusions- und Medienpädagogik sollen selbstverständlicher Teil eines jeden Lehramtsstudiums werden. [...]

SPD: Um den bis in die 2030er Jahre erwarteten Engpasse beim Lehrer*inneneinstellungsbedarf entgegenzuwirken, haben wir

für eine deutliche Aufstockung auf 1.000 Studienplätze gesorgt. Entsprechend stehen wir auch in der neuen Wahlperiode für eine weiterhin ausreichende Aufstockung der finanziellen Mittel [...]. Wichtig ist auch, dass die zukünftigen Lehrkräfte vor, während und zum Abschluss des Studiums unterstützt werden [...]. Wir setzen [...] auf eine verstärkte Beratung über Fächerkombinationen an den Hochschulen für Studienanfänger*innen, über Beschäftigungsmöglichkeiten sowie über die zweite Phase der Lehramtsausbildung (Vorbereitungsdienst an den Schulen im Land). Mit der Einführung von verpflichtenden frühzeitigen Schulpraktika mit Beginn des Lehramtsstudiums wollen wir Anreize zu möglichst früher Orientierung schaffen. [...]

Bündnis 90/Die Grünen: [...] Die Zahl der Lehramtsstudienplätze im Land soll [...] unter Berücksichtigung der Bedarfe je nach Fächern und Schulformen weiter erhöht werden. Dies gilt insbesondere für Studiengänge mit einem Masterabschluss, die sowohl in das Lehramt als auch in andere Berufsfelder führen [...]. Die Ausbildungskapazitäten in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch in allen Schulformen stehen dabei im Mittelpunkt. Außerdem sollen mehr Pädagog*innen mit einem Förderschwerpunkt als zweitem Fach ausgebildet und Lehrer*innen sowie pädagogische Fachkräfte der Schulen entsprechend fort- oder weitergebildet werden. [...]

Schulen in der Corona-Krise:

Warum Empathie von Pädagogen gerade heute wichtig ist

Zurzeit dreht sich in den Schulen alles um Corona und um die dadurch bedingten Umstände: Maskenpflicht, Hygienekonzept, Abstandsregelungen, Digitalisierung, Homeschooling/Distanzunterricht, Bereitstellung von genügend Tablets, funktionierendes Internet usw. Es geht darum, die Schulen irgendwie am Laufen zu halten und eine Schulschließung möglichst zu vermeiden. Ich habe großen Respekt vor allen Schüler*innen und Lehrer*innen, die unter diesen schwierigen, sich täglich oder wöchentlich verändernden Bedingungen lernen und lehren müssen. Es ist eine schwere Zeit.

Was aber in dieser ganzen Aufregung vollkommen auf der Strecke bleibt, ist die eigentliche Pädagogik, die auch in Corona-Zeiten eine Bindungsbildung bleiben muss. Die Pädagogik sollte stets ein doppeltes Ziel verfolgen: Den Schüler*innen einerseits Fachwissen und Kompetenzen zu vermitteln (Bildungsziel I) und sie zugleich bei ihrem Prozess der Persönlichkeitsentwicklung, Charakter- und Herzensbildung sowie in der Werterziehung zu begleiten – auf ihrem Weg durch ihre Pubertät hin zum Erwachsenwerden (Bildungsziel II). Darin sehe ich unsere eigentliche pädagogische Aufgabe als Lehrer, auch wenn diese nicht so leicht greifbar und messbar ist wie etwa die Versorgung jedes Schülers mit einem neuen Tablet.

Digitalisierung versus Pädagogik?

Was bei der gegenwärtigen Schuldiskussion jedoch leicht übersehen wird: Unsere Schüler*innen sind eben keine kalten, digitalisierten, nur hirnig ausgerichteten Lernroboter, sondern Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung: in ihrer bisweilen mühsamen und langwierigen Persönlichkeitsbildung. Und das in Zeiten einer als immer unsicherer empfundenen globalisierten Welt, die von Terrorangst, Handelskriegen, von der berechtigten Angst ums Weltklima und eben vom Corona-Virus beherrscht wird.

Natürlich wird von uns Lehrkräften erwartet, dass wir uns der digitalen Entwicklung an den Schulen stellen und die uns anvertrauten Schüler*innen Wissens-fit und Technik-kompetent für die Zukunft in einer sich immer schneller drehenden Welt machen – auch in der Corona-Krise, in der die Digitalisierung durch die Notwendigkeit des Homeschooling gerade einen kräftigen Schub nach vorne erfährt. Es gibt immer mehr Stimmen aus der Wirtschaft und der Politik, die die Corona-Krise deshalb letztlich sogar als Glückfall oder zumindest als Ereignis mit unerwartet positivem Nebeneffekt sehen wollen. Als Pädagoge mit 40-jähriger Berufserfahrung möchte ich jedoch einen leidenschaftlichen Appell an meine Lehrer-Kolleg*innen, sowie an alle Bildungspolitiker*innen und „Lehrplan-Macher“ richten: „Vergesst jetzt die Pädagogik nicht!“

Der Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg und Bildungsforscher Professor Dr. Klaus Zierer argumentiert

aufgrund vieler Forschungsergebnisse gegenüber diesem falschen Optimismus bezüglich der Digitalisierung in Politik und Wirtschaftskreisen so: „Digitale Technik allein verbessert den Unterricht nicht [...]. Wenn man angesichts von mehr als 40-jähriger Forschung zum Einsatz von digitalen Medien und dem damit verbundenen Ergebnis, dass sie nicht von sich aus wirken, immer noch glauben kann, dass sie Bildungsrevolutionen auslösen oder in Krisenzeiten zum Heilsbringer avancieren, zeugt von pädagogischer Naivität.“¹ Das gilt auch in der jetzigen Corona-Krise. Nach Dr. Zierer hat der Digitalisierungsschub in Folge von Corona tatsächlich zu einer Transformation von Schule geführt, jedoch eher in eine negative Richtung. Denn die Schule ist heute seiner Ansicht nach kein Bildungsort mehr, sondern zu einem bloßen Lernort verkümmert, an dem nur noch das unterrichtet wird, was von ökonomischem Interesse ist. Der musische Bereich geht gerade völlig unter und wir steuern nicht nur aus diesem Grund auf eine neue Bildungskatastrophe zu.²

Weiche Faktoren in der Pädagogik bleiben gefragt

Man lügt sich auch rein pädagogisch in die Tasche, wenn man in der Digitalisierung – in Smartboards für jedes Klassenzimmer, in Tablets für alle Lehrer*innen und Schüler*innen und in gut funktionierenden Lernplattformen in allen Schulen – das Allheilmittel der Pädagogik und die Zukunft von Schule sieht. Die Corona-Krise macht uns gerade sehr deutlich, worum es in der schulischen Erziehung stets gehen muss. Im Zentrum unseres pädagogischen Denkens darf nicht die Frage stehen: Haben wir ausreichend Tablets? sondern die pädagogische Frage schlechthin: Wer ist der Mensch?³ Gerade jetzt in der Corona-Krise sind „weiche“ Faktoren in der Pädagogik mehr gefragt denn je. Darunter verstehe ich vor allem „Soft Skills“ wie Mitgefühl, Liebe und Empathie unserer Schüler*innen gegenüber. Diese Eigenschaften sind entscheidend, auch wenn sie schlecht messbar und schon gar nicht operationalisierbar sind. Gerade in uns Lehrer*innen suchen die Schüler*innen einen Menschen,

- der ihnen neben der Wissensvermittlung Orientierung gibt auf ihrem Weg durch die Pubertät und hin zum Erwachsensein;
- der ihnen notwendige Grenzen setzt und Leitplanken bietet, wenn sie über das Ziel hinausschießen;
- der Geduld und Mitgefühl zeigt, wenn sie Probleme haben, etwa weil sich die Eltern gerade trennen, eine Beziehung zerbrochen ist, Opa oder Oma gestorben sind oder weil sich ein schulischer Misserfolg eingestellt hat;
- der sie – einem Magier gleich – immer wieder durch seine Fächer, Themen und Projekte begeistern, aufbauen und vor allem emotional erreichen kann;
- der auch im digitalen Zeitalter die Einstellung „Erziehung durch Beziehung“ beherzigt;

• der eben empathiefähig ist, einen guten Draht zu ihnen hat und der ihnen in unserer schnellebigen Zeit ein Anker ist, an dem sie sich immer festhalten können. Kurzum: Unsere Schüler*innen brauchen in den Lehrer*innen vor allem einen Menschen, der ihnen im Klassenzimmer gegenübersteht, der sie liebt, sie als Individuen wahrnimmt, ihnen zugewandt ist und ihnen Mut macht. Diese Einstellung ist umso wichtiger in Zeiten des „digitalen Klassenzimmers“ wie jetzt in der Corona-Krise während des Lockdowns (also bei Homeschooling/Distanzunterricht). Dr. Zierer folgert daher in diesem Zusammenhang: „Wer aus pädagogischer Sicht erfolgreich durch die Krise kommen und vor allem auch aus der Krise lernen möchte, der muss für eine Rehumanisierung der Schule eintreten.“⁴

Was damit gemeint sein könnte, wird deutlich, wenn wir eine Stimme einer Betroffenen hören.

Julia fühlt sich betrogen

Julia, 17 Jahre, Schülerin eines Münchener Gymnasiums, gehört dem Abitur-Jahrgang 2020/21 an und will heuer das Abitur absolvieren. Nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz wird es trotz Corona ein Abitur geben. Gott sei Dank! Aber Julia fühlt sich – so wie viele ihrer Kolleg*innen auch – um ihre Oberstufe betrogen. Denn sie war im März 2020 gerade am Beginn ihres zweiten Semesters, als die Krise hereinbrach. Das zweite, dritte und vierte Semester konnte und kann nur unter Corona-Bedingungen stattfinden – mit Lockdowns, Homeschooling, im Distanzunterricht und mit einschneidenden Maßnahmen, falls Unterricht (etwa in Halbkursen mit Maskenpflicht) an der Schule überhaupt erlaubt ist und über die Bühne gehen kann.

Julia vermisst schmerzlich den natürlichen sozialen Austausch mit ihren Mitschüler*innen; die Diskussionen in den Unterrichtsstunden, denn für sie ereignet sich Wissenszuwachs nicht im bloßen Büffeln zu Hause, sondern im lebendigen Unterrichtsgespräch; Exkursionen und Studienfahrten; die Feste und Feiern während des Schuljahres: Konzerte, Gottesdienste, Sportveranstaltungen, Abiturstreich, Abiturfeier und Abiturball, Vorträge von externen Gästen, Vollversammlungen des ganzen Abiturkurses usw.; die Pausen und Freistunden während eines Schulvormittags, in dem zwanglose Kontakte geknüpft, Absprachen auf dem kürzesten Kommunikationsweg geschehen können und in der Schulmensa gemeinsam das Mittagsmahl eingenommen werden kann; und überhaupt das Grundgefühl, in ihrer Schule wirklich zu Hause zu sein.

Dies alles und noch vieles mehr macht für sie das Schulleben aus. Das, worum es Julia geht, drückt Dr. Zierer verallgemeinert so aus: „Schule ist nicht nur Lernort, sondern Lebensraum. Dazu gehört der soziale Austausch und deswegen auch das soziale Lernen. Der wichtigste Grund für Schüler, in die Schule zu gehen, ist nicht das Lernen – es sind die Gleichaltrigen.“⁵ →

¹ SZ Nr. 5 vom 8.1.2021, S. 5, Artikel von Klaus Zierer: „Unheilsbringer. Die Corona-Krise hat die Schulen digitaler gemacht. Ist das allein schon ein Zeichen des Fortschritts? Mitnichten, denn dabei verkümmert der Ort der Bildung“

² vgl. ebd.

³ ebd.

⁴ ebd.

⁵ ebd.

→ **John Hattie macht Mut in der Krise und weitert den pädagogischen Blick**

Der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie erfährt gerade durch die Corona-Krise die volle Bestätigung seiner Forschungsergebnisse (Auswertung von 800 Meta-Analysen), die er in seinem Aufsehen erregenden Buch „Visible Learning“ (zu Deutsch „Lernen sichtbar machen“) dargelegt hat. Denn sein bereits 2013

in deutscher Übersetzung erschienenes Werk hat den Anspruch, die wichtigste Frage aller Bildungsforschung umfassend zu beantworten: Was ist guter und effektiver Unterricht? ⁶

John Hattie konnte diese Frage beantworten, weil er den verschiedenen Unterrichtsmethoden und Lernbedingungen Einflussfaktoren zuordnete, die er als „Effektstärken“ bezeichnete. Mit diesen insgesamt 138

Effektstärken konnte er ein Ranking aller für den Lernerfolg wichtigen Einflussfaktoren erstellen. Diese geben einen wirklich interessanten Hinweis darauf, welche von ihnen für sich genommen das Lernen hemmen und welche es fördern. Die Hattie-Studie ergab: „Was Schüler lernen, bestimmt der einzelne Pädagoge. Alle anderen Einflussfaktoren – die materiellen Rahmenbedingungen, die Schulformen oder spezielle Lernmethoden – sind dagegen zweitrangig. Auf den guten Lehrer kommt es also an.“ ⁷

Interessant ist diese Studie gerade jetzt in Corona-Zeiten. Denn im Ranking der Effektstärken (auch „Hattie-Faktoren“ genannt) nehmen die „Klarheit der Lehrperson“ und die „Lehrer-Schüler-Beziehung mit Platz 8 und Platz 11 somit ganz vordere Plätze ein, die „Klassenführung“ immerhin noch Platz 42. Hattie selbst sagt dazu: „Die Wirksamkeit der positiven Lehrer-Schüler-Beziehung ist entscheidend dafür, dass Lernen stattfinden kann. Zu dieser Beziehung gehört, dass den Lernenden gezeigt

wird, dass den Lehrpersonen ihr Lernen als Schülerinnen bzw. Schülern wichtig ist [...] Dann werden die Kräfte zur Entwicklung eines wärmenden sozio-emotionalen Klimas im Klassenzimmer, das fördernde Bemühen und damit das Engagement für alle Lernenden aktiviert.“ ⁸

Daran kann man sehen, wie der ganze Lernprozess während des Distanzunterrichts leidet – ja leiden muss. Denn die gleiche Hattie-Studie offenbart auch, was gerade von Außenstehenden bisweilen so hochgepriesen wird: die Bedeutung der Digitalisierung und des Homeschooling. Im Ranking der 138 Hattie-Faktoren bekommt der „computergestützte Unterricht“ als Effektstärke lediglich Platz 71, die im Homeschooling vielbeschworene Individualisierung Platz 100 und das „Webbasierte Lernen“ (Nutzung des Internets) nur Platz 112. ⁹

John Hattie belegt wissenschaftlich, was viele Lehrkräfte tief in ihrem „Pädagogen-Herzen“ längst wissen: Schulische Erziehung funktioniert nur über eine lebendige Beziehung zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen. Der Digitalisierung sei Dank, dass Schule derzeit überhaupt stattfinden kann. Dies sollte man durchaus würdigen. Aber allen muss klar sein, dass der momentane digitalisierte Distanzunterricht nur einen „Notfall von Schule“ darstellen kann. Dieser sollte vor dem Hintergrund dieser Ausführungen niemals beschönigt werden. Ich kann nur allen Beteiligten wünschen, dass die Corona-Krise bald abebbt. Was man noch vor einem guten Jahr nicht für möglich gehalten hätte: Die meisten Schüler*innen sehnen sich jetzt nach einem normalen Schulbetrieb und wollen wieder gerne in die Schule gehen – zurecht.

Peter Maier

Literatur-Tipp

Schule – Quo Vadis? Plädoyer für eine Pädagogik des Herzens; Epubli Berlin; (Softcover) ISBN: 978-3-95645-659-6 (Erscheinungsdatum: 28.12.2016; 2. Auflage), 20,99 €; (eBook) ISBN: 978-3-752956-93-1 (Erscheinungsdatum: 28.05.2020), 12,99 €; Infos und Bezug: www.initiation-erwachsenwerden.de

Schule macht krank, besonders in Zeiten der Corona-Krise, so klagen immer mehr Eltern, Schüler und Lehrer. Tatsächlich hat im Bildungssektor seit dem sogenannten Pisa-Schock 2001 eine wahre Reformflut eingesetzt – veranlasst von den Kultusbehörden und auf Druck von Wirtschaftskreisen. Diese Reformen gehen häufig über die Köpfe von Lehrern und Schülern hinweg. Von der Wirtschaft und der Politik wird der derzeitige Corona-bedingte Digitalisierungsschub jedoch einhellig begrüßt und als Allheilmittel für die Bildung ansehen. Schulen sind aber keine beliebigen Versuchslabore, Kinder und Jugendliche keine digitalisierbaren Lernmaschinen. Gerade in der Pubertät brauchen Schüler im Lehrer einen verständnisvollen Menschen, der ihnen nahesteht, sie ermutigt und unterstützt und ihnen genügend Raum lässt für Kreativität, Selbstreflexion und für die Ausbildung sozialer Kompetenzen – gerade in der Corona-Krise. Peter Maier zeigt auf, dass eine integrative Pädagogik nötig und eine Schule mit menschlichem Antlitz auch in Zeiten der Corona-Pandemie und des damit verbundenen beständigen Reformdrucks bezüglich Digitalisierung, Schulstruktur, Bildung und Unterricht möglich ist. In drei fundamentalen Prinzipien erläutert er – basierend auf vielen Beispielen aus der Unterrichtspraxis –, was eine „Pädagogik des Herzens“ ausmacht.

⁶ vgl. Martin Spiewak in DIE ZEIT Nr. 02/2013 vom 14. Januar 2013
⁷ ebd.
⁸ John Hattie: Lernen sichtbar machen. Überarbeitete deutschsprachige Ausgabe von „Visible Learning“, besorgt von Wolfgang Beywl und Klaus Zierer. Baltmannsweiler, 2. Auflage 2014, S. 153
⁹ ebd., Anhang B, Rangliste der Faktoren, S. 433 – 439.



Auf <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did-das-leben-von-jungen-menschen-in-der-corona-pandemie-1> findet sich ein kostenfreies PDF zum Download.

Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie: Wie sehr Corona unsere Jugend belastet ...

Immer wieder können wir hören oder lesen, wie sehr Corona uns im Alltag stresst. Dass das auch auf Kinder und Jugendliche zutrifft, ist uns nicht immer bewusst. Doch eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung – gerade erst veröffentlicht – rückt bedrückende Tatsachen in unser Bewusstsein: 65 Prozent der jungen Leute von 15 Jahren an aufwärts beklagen sich, dass ihre Sorgen und Nöte „eher nicht“ oder sogar „gar nicht“ wahrgenommen werden – 20 Prozent mehr als im Frühjahr 2020. 69 Prozent fühlen sich aktuell von Zukunftsängsten geplagt und 64 Prozent von psychischen Belastungen. Vor allem aber haben sie den Eindruck, dass ihre Situation den Politiker*innen nicht wichtig sei (58 Prozent) und sie ihre Ideen nicht in die Politik einbringen könnten (57,5 Prozent). Diese und viele weitere Ergebnisse der JuCo-Studie liegen nahe an denen der KiCo-Studie („Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie“) vom

14. Mai 2020, in der es um die Sichtweise der Eltern von Kindern bis 14 Jahren ging. 31,9 Prozent von ihnen stimmten der Aussage „Ich habe den Eindruck, dass meine Sorgen gehört werden“ gar nicht und 29 Prozent kaum zu. Eltern von jüngeren Kindern sind also mit den politisch Verantwortlichen genauso unzufrieden wie ältere Jugendliche. Der Unterschied ist nur, dass Jugendliche ihr selbstverantwortetes Erwachsenenleben noch vor sich haben, während Eltern in der Mitte des Lebens stehen. Letztere können der Pandemie sogar positive Seiten abgewinnen, etwa weil der Terminstress entfällt, der mit den heute üblichen Freizeitkontakten der Kinder zu Freunden und Vereinen verbunden ist.

Beide Studien zeigen jedoch vor allem auf, wie wichtig es ist, dass die Politik die Betroffenen befragt und anhört, um stärker bedürfnisorientiert vorgehen zu können. Jugendliche können durchaus

Expert*innen für das Leben von Kindern und Gleichaltrigen sein, auch in Pandemizeiten. In „Fragt uns 2.0“ (www.bertelsmann-stiftung.de) bringt ein jugendliches Expert*innenteam auf den Punkt, wie es die Situation in der Corona-Zeit bewertet. „Kinder und Jugendliche müssen wissen, an wen sie sich wenden können“ (S. 9) ist eine seiner Forderungen. Und sie sollten auch in schwierigen Situationen beteiligt werden, um Ohnmachtserfahrungen zu verhindern und psychische Stärke zu gewinnen. Nicht nur Eltern ist die Schulsituation ihrer Kinder wichtig, auch die Schülerinnen und Schülern selbst haben ein Interesse daran, dass Schule unter Corona-Bedingungen sicher genug organisiert ist, um alle gefahrlos teilhaben zu lassen. Das junge Redaktionsteam fordert deswegen nicht nur, die Digitalisierung der Schulen voranzutreiben, sondern auch ihre Ausstattung mit Luftfiltern und Hybridunterricht bei hohen Infektionszahlen. Ermutigend klingen Aus-

sagen zu jenen Veränderungen in der Krise, die die Jugendlichen positiv sehen (S. 18): weniger Stress, Selbstorganisation, ein umweltfreundlicheres Leben u. a. m. Gerade in diesen Punkten wird deutlich, dass die Jugend nicht nur die Kategorie „Schule“ sieht, sondern ihr ganzes Leben im Blick hat. Politik und die öffentliche Diskussion hingegen thematisieren ausschließlich die Organisation des Bildungsbetriebs. Der JuCo-Studie lässt sich entnehmen, dass die Anzahl der vor Corona aktiven Sportler von 2.040 auf 579 eingebrochen ist. Weniger als die Hälfte der vor Corona bei Musik und Kultur beteiligten Jugendlichen konnte trotz der Krise bei der Stange bleiben,

genauso wie in den Bereichen der offenen Jugendarbeit oder des Umwelt, Natur- und Tierschutzes. Damit sind nicht nur Freizeitangebote weggebrochen, sondern ihr Fehlen führt zu verstärkter seelischer Belastung, bei Mädchen und jungen Frauen sowie besonders bei Intersexuellen mehr als bei den männlichen Befragten. Aber wie bei der Elternbefragung KiCo zeigt sich in der aktuellen Jugendstudie auch, dass man nicht alles über einen Kamm scheren darf. Es gibt junge Leute, die in der und durch die Krise mehr Zusammenhalt und gegenseitige Fürsorge erlebt haben als vorher. Es gibt die Erfahrung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten in Form von Kochen,

Sport oder Handwerk. Aber daneben gibt es die Flucht in die Medienwelt oder in den Cannabis-Dunst. „Solidarität in der Pandemie bedeutet auch, mit jungen Menschen die Zukunft zu gestalten“ – so heißt es in der Überschrift zum Schlusskapitel der JuCo-Studie. Ein jugendpolitisches Zukunftsprogramm „mit den jungen Menschen und einer Anerkennung ihres Alltags, ihrer Sorgen, Bedarfe und Visionen“ (S. 42) wäre eine angemessene Zielsetzung – nicht nur für die Politik, sondern eigentlich für uns alle.

Detlef Träbert

Covid-19-Erkrankung: Anerkennung als Dienstunfall bei Beamt*innen

Eine Covid-19-Erkrankung kann auch bei Beamt*innen grundsätzlich als Dienstunfall oder Berufskrankheit anerkannt werden. Das Land Sachsen-Anhalt als Dienstherr für die Beamt*innen in den Schulen hat dazu nun Festlegungen getroffen (Quelle: Schreiben des Finanzministeriums LSA „Dienstfürsorge bei Vorliegen einer Covid-19-Erkrankung“ vom 07.05.2021).

Zunächst ist festzustellen, dass eine bloße Infektion noch keine Erkrankung darstellt. Dafür müssen sich zumindest leichte Symptome entwickelt haben und eine ärztliche Diagnose vorliegen. Sollte eine solche nicht vorliegen, da umgehend nach Bekanntgabe der Infektion eine Quarantäne angeordnet wurde, kann die ärztliche Diagnose ersetzt werden. Dafür muss die Beamtin oder der Beamte eine Erklärung über die aufgetretenen Symptome und die Quarantäneanordnung vorlegen.

Das Land hat sich bei der Festlegung der Voraussetzungen für eine mögliche Anerkennung einer Covid-19-Erkrankung als Dienstunfall oder als Berufskrankheit an den Grundsätzen zum Arbeitsunfall der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung orientiert, um Ungleichheiten bei den Beschäftigengruppen zu vermeiden. Im Einzelnen ergeben sich folgende Voraussetzungen:

1. Es muss eine Einzelfallprüfung unter Einbeziehung der Besonderheiten der jeweiligen dienstlichen Tätigkeit erfolgen.
2. Die geltend gemachte körperliche Schädigung ist in Ausübung oder infolge des Dienstes entstanden.
 - a. Ein intensiver Kontakt mit einer infizierten Person („Indexperson“) muss im Dienst oder infolge des Dienstes nachweislich stattgefunden haben.
 - b. Spätestens innerhalb von zwei Wochen nach dem Kontakt muss die Erkrankung eingetreten oder der Nachweis der Infektion erfolgt sein.

Beachte: Die Einzelheiten zu Kontakten (Dauer, örtliche Nähe) ergeben sich aus der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel in der Fassung vom 22.02.2021 (veröffentlicht in GMBL 2020 S. 484–495, geändert durch GMBL 2021 S. 227–232). Momentan geht daraus hervor, dass ein

Kontakt bei einem räumlichen Abstand von weniger als 1,5 Metern grundsätzlich für mindestens 15 Minuten bestanden haben muss. Auch ein Kontakt über eine kürzere Zeit kann ausreichen, wenn er besonders intensiv war. Andererseits kann auch ein Kontakt unter Einhaltung des Mindestabstandes über einen längeren Zeitraum genügen. Änderungen zu Dauer und Abstand können sich durch neue Erkenntnisse ergeben. Darüber hinaus könnten die Voraussetzungen auch erfüllt sein, wenn ein Kontakt zu einer Indexperson zwar nicht nachweisbar ist, aber wenn es im unmittelbareren Dienstumfeld der/s betroffenen Beamtin/Beamten (z. B. in der Schule) nachweislich eine erhöhte Anzahl infektiöser Personen gab.

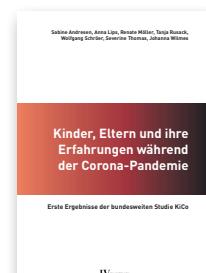
3. Bei der Prüfung der Gesamtumstände hat eine Abwägung über alle Aspekte zu erfolgen, die für oder gegen eine Infektion während oder infolge der Dienstausübung sprechen. Dazu gehört auch, dass die/der Beamt*in schriftlich darüber befragt wird, ob eine Infektion im privaten Umfeld erfolgt sein kann.
4. Für eine Infektion auf dem Weg zum Dienst bzw. auf dem Heimweg gelten die oben gemachten Ausführungen.
5. Die Anerkennung als Berufskrankheit gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 LBeamtVO hat besondere Voraussetzungen.
 - a. Die Maßgaben der Nummer 3101 der Anlage 1 der Berufskrankheitenverordnung müssen erfüllt sein.
 - b. Der Kontakt mit Trägern des SARS-CoV-2-Virus war maßgebliches Tätigkeitsmerkmal.
 - c. Die jeweilige dienstliche Tätigkeit war typischerweise mit der für die Anerkennung einer Berufskrankheit erforderlichen, im Vergleich zur Allgemeinheit erheblich erhöhten Gefahr einer Erkrankung an Covid 19 verbunden.

Dies trifft in der Regel nicht auf Lehrkräfte, sondern eher auf medizinisches Personal zu. Im Einzelfall kann es aber auch zu einer Anerkennung als Berufskrankheit bei Beamt*innen in Schulen kommen.

Abschließend ist festzustellen, dass es nicht auszuschließen ist, dass die Anerkennung einer Covid-19-Erkrankung als Dienstunfall oder als Berufskrankheit möglich ist, aber sich als sehr schwierig erweisen kann. Gegebenenfalls muss sie auf gerichtlichem Weg erkämpft werden, da es sich immer um Einzelfallentscheidungen handeln wird.

Hierbei wird dann der gewerkschaftliche Rechtsschutz eine wichtige Stütze sein, sowohl bei der Einlegung eines Widerspruchs gegen einen ablehnenden Bescheid als auch ggf. für das sich dann anschließende Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Wir werden Euch dabei unterstützen.

Peggy Osadolor,
Gewerkschaftssekretärin für
Tarif- und Beamtenpolitik



Ein PDF der Studie vom Forschungsverbund „Kindheit – Jugend – Familie in der Corona-Zeit“ steht unter <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081> zum Download zur Verfügung.



Jugend-Expert*innen haben die Ergebnisse der Befragungen „Jugend und Corona“ erläutert und kommentiert, ein kostenloses PDF findet sich auf <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did-fraagt-uns-20>

Grüße an „Querköpfe“!

Viele dankbare Grüße an Kurt Querkopf und Alfred, die „historische“ Erzähweise mittels Asterix und Obelix in der Mai-Ausgabe der EuW ist spitzenmäßig! In diesem fast niedlichen Kontext kann man – im Nachhinein – auch darüber lachen; vor Ort im Original weniger.

... tapfer und gesund bleiben :)

E-Mail von GL



GEW-Stiftung **Bildung statt Kinderarbeit**
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
www.fair-childhood.eu



Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt: Bildungsveranstaltung findet online statt

Aufgrund der schwierigen und unvorhersehbaren Pandemielage hat sich die GEW Sachsen-Anhalt dazu entschlossen, die Sommerakademie in diesem Jahr online durchzuführen.

Seminarangebote

1. „Medienkompetenz – Kinder und Jugendliche in modernen Medienwelten“

Referent: Marco Geßner, freiberuflicher Medienpädagoge; Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK)
Termin: 26. – 27. Juli 2021, 9.30 – 15.00 Uhr (inkl. Pausen)

2. „Tschakkaa ist out, es lebe Dopamin ... – wie man sich selbst und andere motiviert“

Referent: Dr. Dieter Böhm; Brain Consult Barleben
Termin: 27. Juli 2021, 9.30 – 15.00 Uhr (inkl. Pausen)

3. „Fragen und Antworten zur Aufsicht und Haftung im Schulalltag“

Referent: Torsten Richter, GEW Bildungsakademie
Termin 1: 26. Juli 2021, 9.30 – 11.15 Uhr
Termin 2: 27. Juli 2021, 9.30 – 11.15 Uhr

4. „Immer mit einem Bein im Gefängnis? – Schulalltag und Rechtsprechung“

Referent: Torsten Richter, GEW Bildungsakademie
Termin 1: 26. Juli 2021, 13.15 – 15.00 Uhr
Termin 2: 27. Juli 2021, 13.15 – 15.00 Uhr

5. „Tücken im Verbraucheralltag in Zeiten der Pandemie – Wie kann ich mich davor schützen?“

Referentin: Ute Bernhardt, Verbraucherschutzzentrale
Termin: 26. – 27. Juli 2021, 9.30 – 15.00 Uhr (inkl. Pausen)

6. „Urheberrecht und Datenschutz I – Kopien und Audio/Filme im Unterricht“

Referent: Heiko Bauer, GEW Bildungsakademie
Termin 1: 26. Juli 2021, 9.30 – 11.15 Uhr und
Termin 2: 27. Juli 2021, 9.30 – 11.15 Uhr

7. „Urheberrecht und Datenschutz II – Internet, soziale Medien, Lernplattformen“

Referent: Heiko Bauer, GEW Bildungsakademie
Termin 1: 26. Juli 2021, 13.15 – 15.00 Uhr und
Termin 2: 27. Juli 2021, 13.15 – 15.00 Uhr

8. „Professioneller Umgang mit Stress“

Referent: Egbert Otto, Trainings-, Beratungs- und Kompetenzzentrum e. V.
Termin: 26. – 27. Juli 2021, 09.30 – 15.00 Uhr (inkl. Pausen)

9. „Come-together-Gesprächsrunde“

Offene Gesprächsrunde zu bewegenden Fragen, spannenden Ansichten und interessanten Antworten.

Termin: 26. Juli 2021, ab 16 Uhr

Allgemeine Hinweise

Die Sommerakademie ist als Bildungsveranstaltung nach dem Bildungsfreistellungsgesetz (Az. 207-53502-2020-227) anerkannt.

Für Mitglieder der GEW ist die Teilnahme kostenfrei, für andere Teilnehmer*innen wird ein Unkostenbeitrag von 100 Euro erhoben (die Beiträge sind steuerlich absetzbar). Wer spätestens am Tag vor Beginn der Sommerakademie Mitglied der GEW wird, braucht selbstverständlich keinen Teilnahmebeitrag zu entrichten.

Anmeldeverfahren

Anmeldeschluss für die Online-Sommerakademie der GEW Sachsen-Anhalt ist der 30. Juni 2021.

Unter www.gew-sommerakademie.de finden Sie neben der ausführlichen Beschreibung der Themen jeweils einen Link zur Anmeldung zum jeweiligen Seminar; Seminare mit zwei Terminen sind jeweils identisch. Möchten Sie zwei Themen nutzen, sind zwei Anmeldungen nötig.

Nach ihrer persönlichen Anmeldung erhalten Mitglieder der GEW einen Bestätigungslink mit den entsprechenden Zugangsdaten; dieser ermöglicht die Teilnahme am Seminar – Bitte überprüfen Sie auch Ihren Spam-Ordner!

Für alle anderen Teilnehmer erfolgt die Freischaltung nach Zahlungseingang des Unkostenbeitrages von 100 Euro per Paypal auf unserer Internetseite. Nach einer Woche ohne Zahlungseingang wird die Anmeldung gelöscht. Eine gesonderte Aufforderung zur Zahlung erfolgt nicht.

Am 22. Juli 2021 übersenden wir nochmals die Bestätigung der Teilnahme mit den Zugangsdaten.

Sollte das jeweilige Seminar abgesagt werden müssen, wird das den Teilnehmenden umgehend mitgeteilt und der ggf. gezahlte Teilnahmebeitrag zurücküberwiesen.

Unsere Veranstaltungsplattform ist Zoom. Unseren Einstellungen entsprechend werden nur europäische Rechenzentren genutzt, die Plattform entspricht den geltenden Datenschutzanforderungen.

Für telefonische Anfragen, Absprachen bzw. Hilfestellungen sind wir werktags von 9 bis 16 Uhr unter den Telefonnummer 03 91 73 55 430 oder 03 91 73 55 446 zu erreichen.

Angebot für Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Hortner*innen: Nähe trotz Distanz?

Seit gut einem Jahr finden Schule und Arbeit zu einem großen Teil im virtuellen Raum statt. Auch wenn wir alle auf eine Besserung der Situation in naher Zukunft hoffen, bleibt das Thema wohl oder übel noch aktuell: Schulschließungen werden uns über einen längeren Zeitraum begleiten und „Arbeit und Lernen auf Distanz“ bleibt auch nach der Pandemie ein Thema. Wie also damit umgehen? Mit dem Angebot des Friedenskreis Halle, das sich vor allem an Lehrkräfte, Hortner*innen und Schulsozialarbeiter*innen richtet, möchten wir Menschen, die in und um Schule arbeiten, den (virtuellen) Raum geben, um für sich die bisherige Zusammenarbeit auf Distanz zu reflektieren. Es geht darum, sowohl Herausforderungen als auch Chancen zu thematisieren. Bei zwei 2,5-stündigen Online-Workshops treten die Teilnehmenden in den begleiteten Austausch mit Menschen, denen es gerade ähnlich geht. Darüber hinaus erhalten die Teilnehmenden konkrete Impulse dafür, wie sie die Zusammenarbeit auf Distanz mit Kolleg*innen und Schüler*innen in Zukunft noch verbessern können.

Welches Bild zeichnet sich nach der Durchführung der ersten Workshops ab? Lehrer*innen müssen unterschiedlichen, manchmal sich widersprechenden, Anforderungen gerecht werden. Den Erwartungen von Eltern, der Schulleitung und den Erwartungen an sich selbst zu entsprechen, ist vor allem bei begrenzten technischen Möglichkeiten, eine große Herausforderung. Zumal sich die allermeisten für den Umgang mit den technischen und

didaktischen Herausforderungen unzureichend vorbereitet fühlen. Als große Hürde wird wahrgenommen, bei Schüler*innen Vertrauen aufzubauen, sie in eine aktive Rolle zu bringen und die Bereitschaft zu schaffen, sich zu öffnen und von ihrem Leben zu berichten. Die meisten Schüler*innen ziehen sich zurück – viele weigern sich, ihre Kamera freizugeben, auch um die eigene Privatsphäre zu schützen. So ist es schwierig für Lehrer*innen, zu den Bedürfnissen der Schüler*innen in Kontakt zu kommen. Zudem empfinden Lehrer*innen eine Entgrenzung von Arbeit: Arbeitszeiten werden flexibler, ständige Erreichbarkeit wird gefordert und Erholungszeiten verkürzen sich. Ein weiteres Problemfeld ist die mangelnde Vernetzung unterschiedlicher Akteur*innen z. B. von Lehrer*innen und der Schulsozialarbeit. Auch wenn Akteur*innen vor der Pandemie sehr gut vernetzt waren, durch die Isolation sind wichtige Kommunikationskanäle unterbrochen worden.

Die in den Workshops erarbeiteten Lösungen zeigen mögliche Wege auf, den Herausforderungen zu begegnen: So lässt sich Vertrauen schaffen, indem man Ankommensphasen zulässt bzw. auch bewusst herbeiführt (Jacke ausziehen), bevor man inhaltlich startet. Als „Lehrerzimmerersatz“ lassen sich kleine Teams schaffen und dadurch Kommunikationsräume ermöglichen. Die Vereinzelung von Akteur*innen lässt sich beheben, indem man den interdisziplinären Austausch fördert. So könnten verschiedene Menschen „an einen (virtuellen) Tisch“ geholt werden. Einmal

könnten z. B. Lehrer*innen voneinander lernen und sich ganz konkret Tipps geben, wie bestimmte Situationen gemeistert werden könnten (hier vor allem kollegiale Fallberatung). Ebenso könnten Ideen, die sich für alle bewährt haben, für andere bereitgestellt werden (z. B. Werkzeuge, die sich bewährt haben).

Für uns ist das Angebot eine wichtige Ressource, um bestehende Herausforderungen zu bewältigen: In einen Austausch auf Augenhöhe zu kommen mit anderen in der gleichen Situation („es ist gut zu sehen, dass es nicht nur mir so geht“) als auch mit anderen Akteur*innen („es ist sehr wertvoll zu erfahren, wie ihr das seht – davon bekommen wir ja so wenig mit“).

Bei Interesse an dem Workshop wenden Sie sich an: Friedenskreis Halle e. V., Franziska Blath (Projektleiterin schulbezogene Bildungsarbeit), Große Klausstraße 11, 06108 Halle (Saale), E-Mail: friedensbildung@friedenskreis-halle.de

Agnes Sander (agnes.sander@ikl-trainer.de) und Dr. Johannes Hoppe (info@johannes-hoppe.com)

Bildungspolitik auf dem Wahlprüfstand: Richtigstellung der Partei DIE LINKE



(EuW) Christian Kirchert, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Landtagsfraktion DIE LINKE, hat uns darüber informiert, dass sich in der Mai-Ausgabe der EuW auf Seite 10 in einer Antwort seiner Partei auf die Wahlprüfsteine ein Fehler eingeschlichen hat. Dabei handelt es sich um die zweite Frage zum Themenkomplex „Hochschule und Forschung“. Die falsche Formulierung ist: „Sie sollen insoweit eingeschränkt werden, dass sie nicht dauerhaft und nicht für künstlerische

Mitarbeiter*innen vergeben werden; diese Lehraufträge sollen in Dauerstellen umgewandelt werden.“

Richtig sollte die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverträgen an Hochschulen lauten: „Arbeiten, die dauerhaft anfallen, müssen wieder stärker durch unbefristet angestellte Mitarbeiter*innen erledigt werden. Hier gilt: Dauerstellen für Daueraufgaben. Auch im wissenschaftlichen Mittelbau wollen wir den Anteil an unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen erhöhen, um hier Karriereperspektiven zu schaffen. Lehraufträge sollen in der gleichen Höhe entlohnt werden wie reguläre Stellen. Lehraufträge sollen nur da vergeben werden, wo sie ein zusätzliches Lehrangebot darstellen oder für künstlerisches Personal.“

DIE LINKE bittet, ihren Fehler zu entschuldigen.

Kinder- und Jugendliteratur:

Zeitgeschichte in eine spannende Handlung übersetzt

Dagmar Petrick; *Hendrik und der berühmteste Häftling der Welt*; Neukirchener Verlag, 2021; ISBN: 978-3-7615-6712-8; Preis: 12,99 €, 176 Seiten; Altersempfehlung: ab 10 Jahre

Hendrik ist sich sicher: Nelson Mandela ist ein gewalttätiger Terrorist, vor dem das Volk Südafrikas beschützt werden muss. So hat er es ein Leben lang von seinen Eltern gehört und so sieht es die Mehrheit der weißen Bevölkerung Südafrikas. Doch als der Elfjährige in Kapstadt auf eine neue Schule geht, lernt er Rhoda kennen und er fängt auch an, sich mit Nomsa, der Haushälterin seiner Eltern, zu unterhalten. Diese Menschen zeigen Hendrik, dass man die vermeintlichen Gewissheiten in der gesellschaftlichen Ordnung der Apartheid auch anders sehen kann, dass die starke Ausgrenzung der farbigen Bevölkerung ein gravierendes Unrecht ist und dass die vermeintliche Gefahr eines gemeinsamen Lebens vor allen Dingen Angstphantasien der aktuell Herrschenden entspringt. So beginnt Hendrik nachzulesen und sich selbst Gedanken zu machen, er hinterfragt, was er sieht, und bezieht Stellung für die anderen. Aber noch wichtiger: Er überwindet Gräben, indem er sich bekannt macht mit vielfältigen Menschen, statt die trennende Fremdheit zu pflegen, die Grundlage der Angst ist. Das führt zunehmend zu Konflikten – auch mit seinen Eltern. Doch auch der Vater beginnt umzudenken, da Nelson Mandela seine stärkste Waffe einsetzt, die eben nicht die Gewalt ist, sondern die Freundschaft. So ist Hendrik schließlich mittendrin, als Südafrika beginnt sich zu ändern. Und er kann hoffnungsvoll nach vorn blicken, weil die Zukunft besser werden kann.

Dagmar Petrick übersetzt Zeitgeschichte in eine spannende Handlung, die ein komplexes Problem aus der Perspektive eines Jungen zugänglich und – sicherlich idealisiert – nachvollziehbar werden lässt. Dabei beschreibt sie den Prozess der Verunsicherung, als vermeintliche Gewissheiten ins Wanken geraten und die Mentalität mit der Anschauung im Alltag in Konflikt gerät. Das ist der Moment, in dem Hendrik beschließt, selbst denken zu lernen, und er aktiv wird für eine wichtige Sache, für die es sich einzusetzen lohnt. Die Handlung ist einfach gestaltet und in der Ich-Erzählperspektive gehalten, so dass persönliche Wahrnehmungen Dichte beim Lesen erzeugen, aus den Gesprächen vielfältige Sachinformationen zu entnehmen und schließlich persönlich einzuordnen, emotional zu bewerten und zu reflektieren. Gleichzeitig bemüht sich die Autorin um Authentizität, wenn sie die Lebensbedingungen im Südafrika der 1980er-Jahre möglichst konkret beschreibt und auch Ernährungsbesonderheiten etc. veranschaulicht. Die Sprache nimmt immer wieder landessprachliche Vokabeln auf, die im Glossar am Ende des Buches erläutert werden. Während die Haupthandlung stringent und dicht erzählt wird, rafft sie am Ende auch fragmenthaft einige Entwicklungen, die einerseits Raum lassen für eigene Vorstellungen, die andererseits aber auch die größeren gesellschaftspolitischen Umbrüche dieser Zeit andeuten und neugierig machen, historisch zu recherchieren. Am Ende des Buches finden sich weiterhin vielfältige Informationen wie eine Zeitleiste mit wichtigen Daten zum Thema und Leben Mandelas, Hintergrundinformationen und sogar einem Rezept.

Dagmar Petricks Buch macht Hoffnung und Mut, bestehende Ungerechtigkeit nicht als unausweichliches Problem zu akzeptieren. Sie zeigt, dass Vorurteile geprüft werden sollten und sich die Wahrheit aus anderer Perspektive oft anders darstellt. Dass mit der Freilassung Mandelas nicht alle Probleme Südafrikas erledigt waren und auch heute noch starke gesellschaftliche Konflikte das Land prägen, spart sie aus. Hier lohnt es sich weiterzulesen und zu verstehen, wie gesellschaftliche Ungleichheit wirkt, besteht, tradiert und überwunden werden kann. Einen wirklich gelungenen Ausgangspunkt für eine solche Auseinandersetzung stellt das neue Buch von Dagmar Petrick dar, das hiermit ausdrücklich empfohlen werden kann.

Prof. Dr. Michael Ritter
für die AJuM Sachsen-Anhalt



Mediumkompetenz

Ä ... erinnert sich noch jemand an Zini? Der als erster digitaler Moderator bei Kindern für Aufregung sorgte?

Das war ein kleiner gelber Punkt mit Nachzieheffekt, der federleicht über die Mattscheibe schwirrte. Dabei unterhielt er sich mit einem Kollegen und zeigte dann lustige Filme für die Zuschauer. Unsere (Noch)Justizministerin Keding hätte bei den digitalen Formaten also im Bilde sein können. Aber scheinbar ist sie noch nicht so weit. Neulich wollte sie einem Kollegen etwas zeigen, wischte dabei über ihr Handy und hatte plötzlich auch ganz viele Zuschauer. In dem Cartoon ging es um weiße, blaue und grüne Menschen. Als Mitglied einer schwarzen Partei verliert man da schnell mal den Überblick. Zumal es Verwirrungen um Farben und mediale Quoten gerade bundesweit gibt. Die Ministerin ruderte jedenfalls aufgeregzt zurück: Sie wollte gar nicht nach rechts wischen und nichts gleichstellen oder einstellen. Ihr fehlt da also etwas die Kompetenz. Aber ihr Chef macht auf dem Gebiet ja auch Fehler.

Die ganze Sache wirkte etwas hirnlos. Für zukünftige Generationen ist jedoch schon Besserung in Sicht. Immerhin können sich in Sachsen-Anhalt jetzt neun Grundschulen neu mit dem Siegel zum „Internet-ABC“ schmücken. Verliehen wurde das durch die medialen und kompetenten Schwergewichte Marco Tullner und Markus Kurze. Auch wenn man es nicht glauben mag, fallen Bildung und Medien wirklich in ihre Kompetenz. Und das natürlich ganz unabhängig von der Zugehörigkeit zu irgendwelchen Parteifarben. Für die Kinder an den ausgezeichneten Schulen hat das den Effekt, dass Medienbildung und der Einstieg ins neue Internet ab sofort sicher gestaltet werden können.

Wenn das Land in dem Tempo weitermacht, ziehen schon in den nächsten 50 Jahren alle übrigen Grundschulen nach. Und dann kann man sich ganz unaufgeregt dem schnellen Internetanschluss der weiteren Schulen widmen. Aber nur, wenn bis dahin nicht irgendwelche neuen Medien auftauchen oder an zentralen Punkten wieder Fehler gemacht werden. Dann müsste man die grauen Zellen nochmal neu anstrengen. Zum Glück haben wir dafür bald kompetente Leute.

Sebastian Schaibler



© SW-KOMMUNIKATION

Änderungsmeldung

Name, Vorname: Tätigkeitsbereich:

Kreisverband: Vergütung nach TVL (Entgeltgruppe Stufe seit)

Mitglieds-Nr.: Geb.-Dat.: Vergütung nach TVöD (Entgeltgruppe Stufe seit)

Anschrift: Haustarifvertrag/PTG-Tarifvertrag:
..... (Entgeltgruppe Stufe seit)

Telefon: Vergütung nach SuE (S-Gruppe Stufe seit)

Bankverbindung: Beamte (Besoldungsgruppe Stufe seit)

Kontoinhaber: Bruttoeinkommen:
(bei Rentnern und Mitgliedern in privaten Einrichtungen)

IBAN: Altersteilzeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche vor Beginn der Altersteilzeit):

Dienststelle/Einrichtung (Name, Straße, PLZ, Ort): Arbeitszeit (Beschäftigungsumfang/Anzahl der Stunden pro Woche):

Datum Unterschrift

Neues Konto? Neue Adresse? Neues Gehalt? Neue Arbeitsstelle?

Bis zu 10 Euro berechnen Banken, wenn eine Lastschrift nicht eingelöst werden kann, weil der Inhaber umgezogen ist, sich seine Kontonummer/Bankverbindung geändert hat ...

Bitte helfen Sie Ihrer Gewerkschaft unnötige Kosten zu sparen und senden Sie bei Veränderungen sofort diesen nebenstehenden Abschnitt an: GEW Sachsen-Anhalt, Markgrafenstraße 6, 39114 Magdeburg, Fax: 0391 7313405.

